

Gute und schlechte Zeiten

mh. Während sich in Basel die GrenzgängerInnen die Reifen platt stehen und die Migros auf deutscher Seite leer bleibt, ist nur noch auf eine Institution Verlass: Avenir Suisse.

trouvaile

Seit den Zeiten, als Karl Marx und Wladimir Uljanow alias Lenin in Britannien Musse und Zuflucht suchten, ist die Insel ein geschütztes Territorium für fremde Agitatoren und Unruhestifter. Nach der Vorhut des Proletariats folgte in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts die Nachhut des Empires.

WELTWOCHEN, 18. MÄRZ 2004
ZU «AL QAIDA – DER INNERE FEIND».

Frühlingsstürme fegen über das Land. Wie ganz früher, kommen sie aus dem Norden. Deutschland einig Vaterland macht mächtig Druck auf die Schweiz, und schon hört man wackere EidgenossInnen sagen, im Jahr 200 nach Weimar brauche es wieder einen Tell, aber diesmal einen echten. Dem Eichel und den andern EU-Vögten müsse am Gotthard das Fürchten gelehrt werden.

Die Rufe blieben bislang ungehört. Nicht einmal unser neuer Justizminister, der doch prädestiniert für die Rolle wäre, zeigt Gehör für die Rufe aus Volkes Seele. Stattdessen beehrte er schon fast verräterisch Einlass in die Runde der Justizminister des Heiligen Europäischen Reiches Deutscher Nation und stand prompt vor zugeknallten Tatsachen. Nun war er der Tor, denn nun war klar: Dem Blocher wird nichts geschont. Schon gar nicht von dieser EU.

Die Krise ist gross. Auf dem Spiel steht letztlich der grösste Wert der Eidgenossenschaft, die humanitäre Tradition. Auch wenn es der Eichel nicht offen sagt, und der deutsche Botschafter noch krasser lügt als Aznar, allen ist klar: Würde der Bundesrat das Zinsbesteuerungsabkommen endlich unterschreiben, herrschte am Baseler Zoll wieder freie Fahrt für freie BundesbürgerInnen. Nun aber hocken sie weiterhin täglich im Stau und fluchen über die Schweiz, über den Berliner Finanzminister, über all die anderen Autofahrende und über die Grünen. Derweil gehen die BaslerInnen wieder in die Migros im Quartier einkaufen.

Dabei sah es für die Migros-Filiale auf deutscher Seite lange Zeit nicht nach Flaute aus. In den vielen, vielen und langen, langen Verhandlungen um ein Abkommen über die Zinsbesteuerung konnten die Diplomaten aus der Eidgenossenschaft die Quellenbesteuerung durchsetzen, womit zwar die Steuerflucht eingedämmt würde, das Bankgeheimnis jedoch gerettet wäre, das ja den eigentlichen Kern der humanitären Tradition ausmacht und nicht, wie oft angenommen wird, der Schutz des Steuerflüchtlings. Zweifellos, das Abkommen ist ein Bravourstück helvetischer Verhand-

lungsdiplomatie. Die Euphorie war dann leider nur von kurzer Dauer, da der Kater schon kam, bevor die letzte Flasche leer gesoffen war. In den Dossiers über die Bilateralen II entdeckte ein Zauberlehrling, dass der böse Fluch noch nicht gebannt war: Schengen! Dublin! Zwei Begriffe wie Kanonenschüsse direkt ins Knochenmark eines jeden helvetischen Diplomaten. Der Terror gegen die humanitäre Tradition der Schweiz ging also weiter. Und so entschied der Bundesrat, dass der Schutz des Bankgeheimnisses auch in die Dossiers Schengen und Betrugsbekämpfung einfließen müsse, und solange dies nicht der Fall sei, würde auch das Zinsbesteuerungsabkommen nicht unterschrieben. Und so kam es, dass der deutsche Finanzminister jene Massnahme anordnete, welche für die Migros-Filiale auf deutscher Seite so verhängnisvoll ist. Da hatten die BaslerInnen nun den Schengen-Dreck. Dies schmerzt sie umso mehr, als dass bei der teutonischen Boshaftigkeit das ganze Anflug-Theater auch eine Rolle spielt. Dass nun die BaslerInnen ausgerechnet für die ZürcherInnen die Suppe auslöffeln müssen, ist nun wirklich die grösste humanitäre Intervention.

All dies wäre schon genug Misere. Doch bekanntlich plagen die Schweiz schon seit längerem Wachstumsstörungen, die durch den Terror aus dem deutschen Brüssel zusätzlich verschärft werden. Während die einen nach dem Tell schreien, andere auf Calmy-Rey setzen, wieder andere vorsorglich rund um den Kanton Schaffhausen herum deutsches Land aufkaufen, weiss die Avantgarde der nationalen Bourgeoisie, die sich um Dr. Thomas Held im Denkpanzer «Avenir Suisse» zusammengerottet hat, dass der Hase ganz woanders im Pfeffer schmort. Könnte es nicht sein, dass die Institutionen der direkten Demokratie für die Wachstumsmissere verantwortlich sind? Weil die Frage nur rhetorisch ist, lud Held am vergangenen Montag zu einer Podiumsdiskussion, mit vielen illustren PolitikerInnen und ein paar Medienleuten, über die sie die Antwort auf die Frage, die keine war, der Öffentlichkeit vorstellten.

Die Dilemmata der arabischen Linken

yz. Die arabische Linke kämpft gegen Fundamentalismus, militärische Aggression und autoritäre Regime. Der sudanese Soziologe Haider Ibrahim Ali sprach am Vorwärts-Fest über ihre Herausforderungen.

Im Vordergrund des Referats von Haider Ibrahim Ali, Direktor des Sudanese Studies Center in Khartoum, standen die Gemeinsamkeiten der Linken in den arabischen Ländern, obwohl ihre Situationen zum Teil sehr verschieden sind. Mit seinen Thesen löste Ali, der in den siebziger Jahren in Frankfurt studiert hatte, eine lebhaftige Diskussion aus. Ali konstatierte der gesamten arabischen Linken eine Schwäche. Nicht nur, weil mit dem Ende des sowjetischen Blocks ein Beispiel des Sozialismus wegfiel und die arabischen Länder imperialistischen Angriffen seither schutzlos ausgesetzt sind. Die linken Parteien hatten sich auch lange auf die gebildete, städtische Mittelklasse, sprich eine Elite, konzentriert. Diese Mittelklasse ist in den letzten Jahren in den arabischen Ländern praktisch verschwunden, wodurch die alte Rekrutierungsbasis verloren ging.

Zudem lassen sich die arabischen Linken, so Ali, immer wieder in den Kampf gegen den islamischen Fundamentalismus einspannen, oft auch in Zusammenarbeit mit Regierungen, die sie eigentlich bekämpfen müssten. Dabei sei der Fundamentalismus keine echte Gefahr, da er keine Alternative bietet. Allerdings schaffe er es, in einem politischen Vakuum Unterstützung zu gewinnen. Dies vor allem, weil er in einer Situation, in der arabische Länder der äusseren, militärischen Aggression ausgesetzt sind, eine gemeinsame Identität, den Islam, anbietet.

Innerhalb der islamischen Kräfte gibt es allerdings auch fortschrittliche Strömungen, die nach einer sozialistischen Interpretation des Is-



lams und damit nach einer Verschränkung von Tradition und Moderne suchen. Ali meinte, dass die Linke mit einer fortschrittlichen Auslegung des Islams, einer Art Befreiungsislam – in Anlehnung an die Befreiungstheologie in Lateinamerika – hier anknüpfen könne. «Dies könnte der Linken die Möglichkeit bieten, an die Massen zu gelangen», erklärte er. Auch müsse die Linke, um wieder stärker zu werden, landesweit oder regionale «Fronten» aufbauen, Bündnisse mit anderen Organisationen und Parteien eingehen. Anknüpfungspunkte dafür könnten die konkreten Probleme der Bevölkerung sein, wie Armut oder Arbeitslosigkeit, aber auch Themen wie die äussere militärische Aggression oder die Auswirkungen der Weltbank-Politik.

In der folgenden Diskussion stand dann auch die Frage im Zentrum, wie weit die Linke in taktischen Bündnissen gehen kann, ohne sich selbst zu diskreditieren. Während zwei Teilnehmer festhielten, dass sich die Kommunistischen Parteien in Irak und Palästina durch die Teilnahme im Übergangsrat beziehungsweise in der palästinensischen Autonomiebehörde diskreditiert hätten, vertrat Haider Ibrahim Ali eine andere Position: Es gehe in beiden Fällen um eine Übergangsperiode, in der Kompromisse nötig seien. Sonst würde sich die Linke isolieren. Im Fall Iraks käme hinzu, dass es die progressiven Kräfte selbst nicht geschafft hätten, Saddam Hussein zu stürzen. Das Ende seines Regimes und der Übergang zu einer neuen Regierungsform sei aber ein wichtiger Schritt, und die KP habe durch die Teilnahme im Übergangsrat an Stärke gewonnen. Die Ausführungen Alis zu diesem Punkt mochten nicht ganz zu überzeugen, und die Frage, ob die KP Iraks durch die Teilnahme im Übergangsrat nicht doch mithilft, der Führungsrolle der USA beim Wiederaufbau des Iraks, sprich seiner Ausbeutung, Legitimität zu verleihen, blieb im Raum stehen.

Es sei eine Schwierigkeit, räumte Ali ein, dass die Reformen, die die Linke fordert, jetzt auch von den USA unterstützt werden. «Die Linke steht vor der Frage, wie sie diese Themen aufnehmen kann, ohne des Pro-Amerikanismus beschuldigt zu werden», erklärte er. Deshalb müsse sie erst einmal diskutieren, ob und was für Reformen nötig seien – und sich nicht von äusseren Faktoren beeinflussen lassen.

24. Februar

Institutionaler Profiteur. Ein rechter SVPLer verleumdet und verfälscht gern – und drückt sich anschliessend vor der Verantwortung. Darum nötigt Christoph Blocher seine Bundesrats-Kollegen, ihn vor dem Gericht zu schützen. Er missbraucht die Institution der bundesrätlichen Immunität für ein Vergehen, das er lange vor seiner Wahl begangen hat. Vor einem Jahr beschuldigte er einen FDP-Kantonsrat Bertschi, sich Staatsaufträge zuschanzen zu lassen. Da er keine Beweise vorlegen konnte, die Verleumdung aber trotzdem nicht zurück nahm, klagte Bertschi. Jetzt ist Blocher durch die Immunität am Schärmen.

26. Februar

2500 beim VBS auf der Strasse. Am meisten betroffen ist die Logistik. Die jetzt noch 600 Zeughäuser und anderen Lager sollen «radikal abgebaut werden». Die Gewerkschaft Transfair verlangt zusätzliche Mittel für das VBS, damit vertretbare Sozialpläne ausgearbeitet werden können.

179 ArbeiterInnen in Uznach auf der Strasse. Die Spinnerei Uznaberg wird liquidiert. Begründet wird die Schliessung mit der «asiatischen Konkurrenz» und dem «schwachen Dollar». Ein Sozialplan sei in Vorbereitung und werde mit den Gewerkschaften ausgehandelt.

NZZ-Support für Rechtsradikale. Mit einer positiven Besprechung wird der Verkauf der von der Rechtsausseren-Vereinigung Pro Libertate vertriebenen Hetzschrift gegen die «herrschenden Historiker» und den St. Galler Polizisten Paul Grüniger unterstützt, der während der Nazi-Zeit JüdInnen die Flucht in die Schweiz ermöglichte. Autor des Heftes ist der frühere WoZ-Journalist Shraga Elam. Gemäss Pro Libertate-Präsident Werner Gartenmann, gleichzeitig stellvertretender Geschäftsführer der Blocher-Organisation AUNS, wurde der Kontakt durch den früheren Zürcher Stadtpräsidenten Sigi Widmer hergestellt. Die Besprechung in der NZZ am Sonntag schrieb Urs Rauber.

27. Februar

Profit geht vor. Aus der Zyliss-Nachfolge Newco wird nichts. Damit stehen spätestens Ende Dezember achtzig Arbeitnehmende in Lyss auf der Strasse. Zyliss verlegt die Produktion aus Profitgründen nach Asien. Da die Gewerkschaften harten Widerstand leisteten, erklärten sich die Besitzer schliesslich bereit, am alten Standort andere Produkte herzustellen. Da dabei nicht genügend Profit herauskommt, wurde die Planung jetzt abgebrochen.

2000 streiken bei der Post. In Genf, Zürich, Lugano und vielen anderen Orten in der ganzen Schweiz wurde mit einer einstündigen «Pause» gegen die immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen und tieferen Löhne protestiert. In Lugano holte die Post die Polizei, um die Streikaktionen zu beenden.

28. Februar

16 ArbeiterInnen in Aedermannsdorf auf der Strasse. Die Porzellanfabrik Rössler AG verlegt die Produktion ins Ausland. Begründet wird die Verlagerung mit der zu kleinen Gewinnmarge.

1. März

Verdeckte Fahndung wird ausgebaut. Künftig können PolizistInnen gesetzlich geregelt mit falschen Identitäten ermitteln. Die neue Regelung, die für Bund und Kantone gilt, tritt 2005 in Kraft. Bundesrätin Metzler wollte keinen definierten Katalog darüber herstellen, wann Polizeibeamten verdeckt ermitteln dürfen. Das Parlament setzte dann aber eine genaue Definition durch.

Bürgerliche schützen Billigflüge. Erst erklärten alle, sie seien für Qualität statt Quantität und andere hehre Ziele für den Zürcher Flughafen. Als es dann um die entsprechende Regulierung ging, fanden die Zürcher KantonsrätInnen von SVP und FDP unzählige Gründe, um diese abzulehnen.

SVP gegen Wohnungsbauförderung. Die Förderung von Wohnungsbau und -eigentum gehört für die SVP nicht zu den Kernaufgaben des Staates. Zudem seien Subventionen gar nicht nötig, weil der «Markt spielt». Trotz diesen und ähnlich dürftigen Argumenten verfiel die SVP-Kampagne im Zürcher Kantonsrat nicht. Das neue Gesetz über Wohnbau- und -eigentumsförderung wurde deutlich angenommen.

Hier gibts den Vorwärts im Einzelverkauf. BASEL: Buchhandlung und Antiquariat Waser, Rümelinplatz 17. CHUR: Buchhandlung Karlihof, Karlihofplatz 1. LUZERN: Boa, Geissensteingraben 41. ST. GALLEN: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20. ZÜRICH: Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstr. 60. Buchhandlung Tat und Rat, Röschiachstr. 69.

Wer zum Matterhorn pilgern darf...

Malena Rivero. Müssen Gastgebende in der Schweiz für BesucherInnen aus gewissen visumpflichtigen Ländern eine Reiseversicherung abschliessen? «Nein», sagt das IMES (Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung). «Bei uns schon», behaupten gewisse Gemeinden.

Wer als TouristIn zum Matterhorn pilgern darf und wer nicht, hängt von vielen Faktoren ab: Im Allgemeinen ist das für jemanden aus der EU, Japan, USA, Kanada oder Australien kein Problem. Jemand aus einem Balkanland oder dem Trikont stösst da auf einige Hürden. Und ihre/seine Freunde und Verwandten in der Schweiz, die ihm/ihr diese Reise doch ermöglichen wollen, werden von den hiesigen Behörden nicht selten zur Kasse gebeten.

Nehmen wir an, ein Bewohner aus Serbien und Montenegro möchte seine Verwandten und Bekannten in der Schweiz besuchen. Für ein Touristervisum muss er bei der Schweizer Botschaft in Belgrad ein Antragsformular ausfüllen. Verfügt er nicht über genügend finanzielle Mittel, hängt die Visumerteilung davon ab, ob seinE GastgeberIn oder sonst jemand in der Schweiz eine Garantieerklärung für ihn vorlegen kann. Doch nicht jedeR GarantIn wird von den Schweizer Behörden als solcheR akzeptiert, oft hängt das von Betreuungsauszug, Lohnabrechnung und nicht zuletzt von der Dicke des Bankkontos ab. Mit einer Garantieerklärung verpflichtet sich die/der GarantIn in der Schweiz, die ungedeckten Kosten (einschliesslich Unfall, Krankheit, Rückreise), die dem Gemeinwesen durch den Aufenthalt der ausländischen Person entstehen könnten, bis zu einem Betrag von 20000 Franken zu übernehmen. Das IMES

(Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung) empfiehlt GarantInnen den Abschluss einer entsprechenden Reiseversicherung für die Gäste, die diesen Betrag deckt. Obwohl eine Empfehlung noch lange keine Pflicht ist, lassen gewisse Gemeinden den Gastgebenden keine andere Wahl. «Ohne den Nachweis, dass die Versicherung bezahlt ist, kann das Gesuch nicht weiter verarbeitet werden», so die Einwohnerdienste der Stadt Frauenfeld.

Für 31 Tage kostet kostet die Reiseversicherung bei der Basler Versicherung pro Person 236 Franken. Das heisst, für die Einladung einer vierköpfigen Familie muss der Garant oder die Garantin fast Tausend Franken hinblättern. Auch in jenen Gemeinden, die den Abschluss einer Reiseversicherung nicht verlangen, entscheiden sich viele Gastgebende aus Sicherheitsgründen für diesen Schritt. Für die Versicherungen zweifellos ein gutes Geschäft.

Die Gemeinde Kreuzlingen (TG) verlangt nicht nur den Abschluss einer Reiseversicherung, der Deckungsbetrag derselben muss 30000 Franken betragen. Sonst wird das Gesuch nicht weiter bearbeitet. Auf die Frage, warum der Deckungsbetrag so hoch sei, wenn der Garant laut IMES «nur» für 20000 Franken hafte, heisst es, die Beträge seien in jeder Gemeinde anders. Laut IMES hingegen existiert auf Bundesebene keine gesetzliche Grundlage, die den

Abschluss einer solchen Versicherung vorschreibt. «In Kreuzlingen ist das aber so», bekommt man bei der Stadtverwaltung zu hören. Auch die Gemeinde Romanshorn (TG) verlangt einen Versicherungsabschluss mit einem Deckungsbetrag von 30000 Franken, falls die ausländische Person sich zwei bis drei Monate in der Schweiz aufhält. Für Gesuchstellende ist das Ganze ziemlich verwirrend. Setzen sich hier gewisse Gemeinden über die Bestimmungen des IMES einfach hinweg? Die meisten Gastgebenden ziehen es jedoch vor zu bezahlen, statt sich mit den Behörden auseinander zu setzen. Schliesslich wollen sie nicht riskieren, dass ihren FreundInnen und Verwandten der Besuch in die Schweiz verwehrt wird.

Aber auch wer diese ganzen Schikanen über sich ergehen lässt, muss damit rechnen, dass die Gäste bei der schweizerischen Auslandsvertretung vielleicht doch kein Visum bekommen. «Die Vorlage einer genehmigten Garantieerklärung gibt keinen Anspruch auf eine Visumerteilung», informiert das IMES.

Doch wie gesagt, diese Schikanen gelten nur für jene TouristInnen, die nicht nachweisen können, dass sie über genügend finanzielle Mittel verfügen. Wer seine Millionen auf Schweizer Banken deponieren oder an der Zürcher Bahnhofstrasse ausgeben möchte, dürfte es um eini- ges leichter haben.

«Entwicklung» nur gegen Rückübernahme von Asylsuchenden

spi. Die Koppelung von Entwicklungshilfe und Rückübernahme-Abkommen war einer der spektakulärsten Entscheide der Sondersession. Im neuen Vertrag mit Nigeria machte der Nationalrat zeitgleich einen ersten konkreten Schritt in diese Richtung. Für die Ständerat-Session behält sich Bundesrat Blocher gewichtige Neuerungen vor.

Nach dem Willen von Bundesrat und Nationalrat soll für Staaten, die bei der Rückführung von Sans-papiers und abgewiesenen Asylsuchenden nicht mithelfen, die Entwicklungshilfe ganz oder teilweise gestrichen werden. In einer separaten Abstimmung hiess die grosse Kammer des Parlaments ein entsprechendes Abkommen mit Nigeria mit 82 gegen 0 Stimmen gut. Dieses Abkommen beinhaltet unter anderem die «Kooperation auf dem Gebiet des Kampfes gegen HIV/AIDS und andere durch sexuellen Kontakt übertragbare Krankheiten» zwischen den Ländern (VORWÄRTS berichtete). Beide Geschäfte müssen noch vom Ständerat genehmigt werden: Auf die Zeit der Ständeratsdebatte kündigte Bundesrat Christoph Blocher an, dass die gesamte Wirtschaftshilfe im Ausland – namentlich erwähnte er Rechtshilfe- und Investitionsabkommen – zur «Durchsetzung unserer Interessen» benützt werden solle.

Seit den neunziger Jahren hat die Schweiz bereits 34 Rückübernahme-Abkommen mit mehr oder weniger sicheren Staaten unterschrieben. Zu den Nachbarstaaten kamen weitere westeuropäische Staaten und mittlerweile fast alle ost- und südosteuropäischen Länder in den Genuss solcher Verträge. Seit einem Notenwechsel mit der srilankischen Regierung 1994 und einem Rückübernahme-Abkommen mit der jugoslawischen Regierung unter Milosevic 1997 setzt sich die Schweiz zudem permanent dem Risiko aus, Schutzbedürftige ihren Peinigen auszuliefern. Bei den neueren Rückübernahme-Abkommen mit Herkunftsstaaten geht es nämlich um die Abwägung zwischen dem Schutzbedürfnis der auszuschieffenden Person – vielmals abgewiesene Asylsuchende – und dem Interesse der Schweiz, dieser eine Staats-

angehörigkeit nachzuweisen, um sie in das Land ausschaffen zu können, aus dem sie geflohen ist. Mit der stetigen Hetze gegen Personen ohne Identitätspapiere verschob sich in den letzten zehn Jahren diese Interessensabwägung so sehr, dass das Schweizer Parlament für das Abkommen mit Nigeria nun ein eigenes Gesetz erlassen musste. Nur so konnte das Datenschutzgesetz ausser Kraft gesetzt werden.

Wo bleibt die Hilfe vor Ort?

Neu im Abkommen zwischen der Schweiz und Nigeria ist auch die eingangs erwähnte Koppelung mit der Entwicklungshilfe. Frühere Verträge dieser Art beinhalteten «lediglich» eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Konsular-, Einwanderungs- und Polizeibehörden mit entsprechender technischer und finanzieller Unterstützung (seitens der Schweiz). Nigeria hat überdies die «Kooperation bezüglich der beruflichen und sozialen Wiedereingliederung nach Nigeria zurückgeführter Personen (zum Beispiel den Erwerb von Fähigkeiten vor der Ausreise, Reintegrationsprogramme, Massnahmen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr)» sowie die Kooperation im Kampf gegen HIV/AIDS als Bedingung für einen erfolgreichen Abschluss des Abkommens gesetzt, was in der Schweiz wiederum als «Hilfe vor Ort» angepriesen wird. Nun wäre an sich nichts gegen ein solches Konzept einzuwenden, wenn nicht das Geld laut Botschaft des Bundesrates aus dem stark gebeutelten Budget des Bundesamtes für Flüchtlinge (BFF) stammte: «Die damit verbundenen Kosten werden durch Einsparungen bei der Sozialhilfe ausgeglichen.»

In der vorliegenden Gesetzesänderung zum Asylgesetz kehrt der Nationalrat für die kommenden Verträge die mit Nigeria ausgehan-

delten Bedingungen sogar um. Die Kooperation bei Rückschaffungen wird zu einer neuen Bedingung für die Gewährung von Entwicklungshilfe an Staaten mit Not leidender Bevölkerung. Das betrifft derzeit neunzehn Länder, darunter Bangladesh, Nepal, Benin und Niger. Lediglich drei Prozent der abgewiesenen Asylsuchenden stammen aus diesen Ländern. Kommt hinzu, dass die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) genauso wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) «Schweizer Hilfe nie à fonds perdu an einen Staat, sondern (...) immer projektbezogen und an klare Konditionen gebunden» leisten, was wiederum von der neuen Klausel unangetastet bleibt.

Aufforchen lässt der aus diesen Gründen möglicherweise folgenlose Papiertiger dennoch: Mit dem beschlossenen Paradigma-Wechsel wird ein Teil der Schweizer Aussenpolitik der Innenpolitik untergeordnet. Unter dem Vorwand, die Migrationsproblematik an der Wurzel zu packen, verabschiedet sich die Schweiz vom international anerkannten Solidaritäts- und Wiedergutmachungsgedanken, der dem heutigen Konzept von Schuldenstreichung und Entwicklungszusammenarbeit zugrunde liegt. Dieses Werkzeug würde neu egoistischen Interessen im Inland geopfert werden. Es wird deshalb interessant werden, die Reaktionen von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey zu verfolgen, wenn es um die Umsetzung dieser Massnahmen geht. Vorerst muss aber noch der Ständerat dazu Stellung nehmen. Für den Zeitpunkt der Ständeratsdebatte plant Blocher die Ausweitung des Deals auf Rechtshilfe- und Investitionsabkommen, ja gar auf die gesamte «Wirtschaftshilfe», womit er auch den Schweizer Aussenhandel auf den Haufen zu werfen droht. Und das alles nur, um Flüchtlinge loszuwerden.

Folter-Imperium

Jürgen Elsässer. Die Neue Weltordnung modernisiert die Schrecken der alten.

Ein Bild sagt manchmal mehr als tausend Worte: Die nackten vietnamesischen Kinder, die mit Napalmverbrennungen auf den Betrachter zulaufen. Die alte Frau, welcher der Polizeichef von Saigon die Pistole an die Schläfe setzt und abdrückt. Der Putschist in Chile, der auf den filmenden Kameramann schiesst. Alles, was die Linke vorher schwerfällig mit Worten wie Imperialismus zu erklären versucht hatte, wurde durch diese Aufnahmen evident.

Fast vierzig Jahre später erschüttern – trotz stärkerer Kontrolle der staatlichen und Reizinfationierung durch die privaten Medien – neue Bilder die westliche Welt. Einige wenige, wenn auch typische waren selbst im US-Fernsehsender CBS zu sehen: Eine grinsende Soldatin zum Beispiel, die Zigarette im Mundwinkel, reckt übermütig die Daumen nach oben und deutet auf das Genital eines vor ihr knieenden Irakis, der ausser einem Sack über seinem Kopf nackt ist.

Dem US-Verteidigungsministerium liegt schon seit Februar ein 53seitiger Untersuchungsbericht über die Folterungen im irakischen Gefängnis Abu Ghraib vor. Die Leiterin der Anstalt, Brigadedegeneral Janis Karpinski, wurde mittlerweile aus der Armee entlassen. Noch im Dezember hatte sie geschwärmt, die Lebensbedingungen für die Häftlinge seien «besser als zu Hause». Und weiter: «Manchmal machen wir uns Sorgen, dass sie gar nicht mehr weg wollen.» Der zunächst unter Verschluss gehaltene Untersuchungsbericht wurde durch einen Artikel im Magazin «The New Yorker» (www.newyorker.com) bekannt. In den noch vom gestürzten Regime übernommenen Knast waren Tausende Gefangene gepercht, die meisten davon Zivilisten, die zufällig bei Razzien festgenommen worden waren. Festgestellt wurde «systematischer und illegaler Missbrauch» der Häftlinge, die angeführten Zeugenaussagen über inhumane Exzesse sind zahlreich. Das Pentagon redete sich auf Einzelfälle heraus. Ausserdem hätten nicht Angehörige der Armee, sondern privater Sicherheitsfirmen die Grausamkeiten begangen. Dem steht die Äusserung der abgelösten Gefängnisdirektorin Karpinski entgegen, wonach im Foltertrakt von Abu Ghraib ausschliesslich der US-Militärgeheimdienst MI das Sagen gehabt habe. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld soll brutale Verhörtechniken zumindest im Falle Afghanistans ausdrücklich gebilligt haben.

Es erweist sich, dass der von den Propagandisten des Empire geprägte Begriff des «Islamofaschismus» nichts anderes als eine Projektion ist. Nicht «die Anderen», sondern «die Eigenen» überziehen den Globus mit einer neuen Form des Totalitarismus. Die failing states – die schwarzen Löcher der Gesetzlosigkeit, in denen der Terrorismus seine Basis hat – werden durch die so genannten humanitären Kriege nicht beseitigt, sondern überhaupt erst geschaffen. Der Irak Saddam Husseins war eine Diktatur, aber es war wenigstens ein Staat. Von den Schergen des Regimes waren KritikerInnen und DissidentInnen bedroht, alle anderen aber hatten nicht nur ihre Ruhe, sondern dazu auch noch Strom, Wasser, Nahrung, ja sogar Kultur und Bildung. Kaum etwas davon ist übrig, seit über Bagdad das Sternenbanner flattert. Eines der einst meistentwickelten Länder der Südhälfte ist zu einem dreckigen Slum verkommen, und dass dieser faulige Pfuhl einen islamischen Terrorismus ausbrütet, sollte nicht verwundern. Auch diesen gab es übrigens nicht, solange der Schurke Saddam herrschte.

«Keiner baut sein Nest auf dem Panzer der Besatzer»

Anjuska Weil. In Paris fand am 15. Mai eine «Solidaritätskonferenz mit dem kämpfenden irakischen Volk» statt. Die Frage, mit welchem Widerstand sich die europäische Linke solidarisiert soll, blieb unbeantwortet.

Gegen hundert Personen waren es am Morgen des 15. Mai im Konferenzzentrum FIAP in Paris, die dem Aufruf zu dieser internationalen Konferenz gefolgt waren. Im Laufe des Tages sind es immer mehr geworden. Das Organisationskomitee hatte eine beeindruckende Liste von rund tausend unterstützenden Personen und fünfzig Organisationen von allen Kontinenten mobilisieren können, unter ihnen Persönlichkeiten wie der ehemalige algerische Präsident Ahmed Ben Bella und der Befehlshaber der portugiesischen Nelkenrevolution Vasco Gonçalves, der spanische Schriftsteller Carlos Alvarez und der kanadische Ökonomeprofessor Michel Chossudovsky. Es unterzeichneten zahlreiche VertreterInnen des brasilianischen PT und die Südafrikanische Kommunistische Partei neben der kubanischen OSPAAAL und dem Weltfriedensrat.

In seinem Einführungsreferat gab der Präsident der patriotischen Front des Irak, Jabbar Al Koubeissi, einen Überblick über die Entwicklungen der letzten Monate. Besonders wichtig war ihm dabei hervorzuheben, dass der irakische Widerstand – entgegen der Darstellung in den westlichen Medien – nicht entlang ethnischen Zugehörigkeiten organisiert sei, sondern mehr und mehr zu einem breiten Volksaufstand werde, der die Akteure unbesehen von Herkunft und Religion im Kampf vereine. Die Absicht der Besatzer, sie gegen einander auszuspielen, sei gescheitert. Studenten, Arbeiter, Religiöse, alle Schichten der Bevölkerung seien vertreten, auch immer zahlreicher Frauen.

Schon mehrmals wären Städte für Tage befreit worden, unter ihnen auch Bagdad vom 5. bis 7. April. Die Rückkehr der Besatzungstruppen habe einen hohen Blutzoll gefordert. In Fallujah zum Beispiel seien 850 Menschen getötet worden, darunter 280 Frauen. 57 dieser Frauen seien durch Kopfschüsse ermordet worden, die aus nächster Nähe abgefeuert sein mussten. 137 waren Kinder, 85 von ihnen unter fünf Jahren. Beim Angriff vom 4. April auf Fallujah sei von den Besatzungstruppen zuerst das Spital umstellt worden, um die dort für die erste Hilfe vorbereiteten Ärzte von den Verwundeten in anderen Stadtteilen abzuschneiden. Die Beispiele der Willkür gegen die Zivilbevölkerung wären allgegenwärtig und gar nicht alle aufzuzählen. Die Feststellung, dass die im Gefängnis von Abu Greib bekannt gewordenen Folterungen keine Einzelfälle darstellten, verwunderte niemanden.

Koubeissi wies ferner auf die massenhaften Entlassungen in fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft hin, aber auch auf die massive Zerstörung der Infrastruktur und der Umwelt. Es wäre eine dreiste Lüge der Bush-Administration, hielt er fest, wenn diese von Hilfe an den Irak sprechen würde.

Koubeissi schloss mit der Feststellung, dass der Befreiungskampf lang und schwierig sein und der irakischen Bevölkerung viele Opfer abverlangen werde. Umso mehr brauche diese irakische Bevölkerung die internationale Solidarität.

Mehrere Votanten, unter ihnen der ehemalige kubanische Botschafter Ernesto Gomez und Gianni Fosco, der Vertreter von Rifondazione Comunista, gingen auf die internationale Dimension des irakischen Widerstandes ein, der die USA daran hindere, weitere Länder zu überfallen. Die Beiträge aus dem arabischen Raum betonten den Zusammenhang des palästinensischen und des irakischen Kampfes gegen die Besatzung und die Ausweitung der Hegemonie der USA und ihres Verbündeten Israel im Nahen Osten.

Thierry Meyssan, Präsident des Réseau Voltaire, ging auf die Frage ein, wer eigentlich den Irak heute regiere und zeigte dabei auf, dass die Rolle und der rechtliche Status der von den USA eingesetzten Regierungskoalition ständig umdefiniert würden. Zudem kam er zum Schluss, dass diese Regierungskoalition keinen öffentlich-rechtlichen Status habe, sondern denjenigen eines Privatunternehmens. So wie König Leopold der Zweite von Belgien den Kongo kurzerhand privatisiert hatte, habe George W. Bush dies mit dem Irak getan.

Offene Fragen

Trotz der Vielfalt und Vielschichtigkeit der Beiträge der Referenten (Frauen hatte es im Saal, nicht aber auf dem Podium) blieben wichtige Fragen, auch solche

die vom Publikum aus gestellt wurden, unbeantwortet. Zentral ist jene nach den politischen Inhalten der patriotischen Front. Reicht es zu deklarieren, dass alle gegen die Besatzung kämpfen, egal mit welchem Hintergrund? Die Frage, ob sich das Szenario des Iran, wo nach dem gemeinsamen Kampf gegen den Schah die Mullahs die Macht an sich gerissen haben und die linken, laizistischen Kräfte rücksichtslos ausgeschaltet worden sind, wiederholen könnte, blieb im Raum stehen. Sie gewinnt an Gewicht durch die Positionen wie jene der kommunistischen Arbeiterpartei des Irak, welche konsequent auf gewerkschaftliche Mobilisierung und zivilen Widerstand, auf Frauenrechte und Vertiefung der demokratischen Auseinandersetzung setzt, und sich dabei vehement gegen die anti-humane und reaktionäre Politik eines Moqtada Al Sadr stellt: «Ein besseres Leben für die irakische Gesellschaft basiert auf dem Erfolg, beide Terroristenlager beiseite zu schieben und deren Einfluss zu stoppen. Eines der Lager des aktuellen Krieges im Irak zu unterstützen, kann die katastrophale Lage nur verschlimmern.»

Die Genossinnen und Genossen der kommunistischen Arbeiterpartei kritisieren zudem: «Ein bedeutender Teil der Linken im Westen unterstützt den bewaffneten Widerstand der islamischen Gruppen und der Reste der Baath-Partei gegen die USA. Sie feiern diesen Widerstand als eine ‚progressive anti-imperialistische Macht‘, die kämpft, um ‚die irakischen Leute zu befreien‘. Diese Linken argumentieren, dass die Niederlage des US-Imperialismus im Irak durch irgendeine Macht für die ganze Menschheit nützlich sei. (...) Sie lehnen die Position unserer Partei ab, einen dritten Pool bauen zu wollen, welcher die Arbeiterschaft und die progressiven Kräfte in der irakischen Gesellschaft repräsentiert. (...) Ihre Position ist der Kampf gegen den Imperialismus. Ob eine bestimmte Politik das Leben der Leute in einem Land wie dem Irak besser oder schlechter machen wird, ist keine Frage.»

Die Debatte ist lanciert und wir tun gut daran, sie aufzunehmen, besonders wenn es über die allgemeinen Deklarationen hinaus um konkrete Unterstützung geht. Nicht allein bezüglich des Irak. Die Frage, mit welchem Widerstand die europäische Linke sich solidarisiert soll, betrifft ebenso die palästinensische und die afghanische Gesellschaft.

WEBSITES: WWW.IRAQRESISTANCE.NET
UNDWWW.WPIRAQ.NET



3. Juli 2003 – Ennenda. Zeichnung eines Augenzeugen.

Glerner Familienväter

Christoph Hugenschmidt. Seitenweise analysieren Psychologen, Philosophen und Politologen die Brutalität der SoldatInnen im fernen und wilden Irak, Afghanistan, USA. Wie kommt es nur, dass Menschen Menschen quälen, erniedrigen und zu einem gedemütigten Nichts zurichten wollen? Dabei könnten all die ExpertInnen auch in die Nähe schauen. Nach Glarus beispielsweise. Dort überfielen bewaffnete und maskierte Polizisten am 3. Juli 2003 ein Durchgangszentrum für Flüchtlinge. Sie fesselten alle angetroffenen Flüchtlinge, zogen ihnen Säcke über den Kopf, rissen ihnen die Hosen vom Leib, klebten Nummern auf die Rücken und fotografierten ihre Opfer mit nacktem Hintern. Gefesselt und mit den besagten Säcken über den Kopf gestülpt mussten die Flüchtlinge stundenlang bei völligem Sprechverbot ausharren. Folter? Misshandlung? Auf hartnäckigen Druck von augenauf, den Glarner Grünen und amnesty international hin wurde der «Fall» untersucht. Die Justiz in Form eines Appenzeller Untersuchungsrichters fand das Vorgehen der Polizei dann doch auch etwas übertrieben. Verurteilt wurde niemand, doch ein Polizeikommandant musste sich an den Untersuchungskosten beteiligen. Und wie kommt es nun, dass nette Glarner Familienväter und zuvorkommende Nachbarn sowohl unschuldige wie auch unverdächtige Flüchtlinge misshandeln und demütigen? Das Rezept ist einfach: Man schaffe über Jahre hinaus eine Kultur des Generalverdachts («kriminelle Asylanten») und eine Gesellschaft, in der gewisse Menschen von Staats wegen weniger Rechte haben (Ausländergesetze, Asylgesetze). Man mische dazu eine gehörige Portion Rassismus («westafrikanische Drogenhändler», «Balkan-Flüchtlinge»). Schon werden die Anfänge zur systematischen Folter salonfähig. Ein Augenzeuge berichtete, er habe gesehen, wie im Hof der Zürcher Kantonspolizei ein Verhafteter aus einem Polizeiauto geladen wurde. Er war gefesselt und trug einen Sack über den Kopf...

Frühes Interesse an Folter

Bernhard Schmid. Warum die US-Politik sich seit zwei Jahren für die Folter im Algerienkrieg interessiert. Die Geschichte eines in Cannes gezeigten Films.

In die Fratze der eigenen Geschichte blicken Franzosen und Französinnen derzeit, wenn sie die Folterbilder aus dem Irak betrachten. Das zeitliche Zusammentreffen ist nicht wirklich ein Zufall: Vorige Woche wurde beim Filmfestival in Cannes der 1966 in Venedig preisgekrönte und danach in Frankreich verbotene Film «La bataille d'Alger» (Die Schlacht um Algier) zum zweiten Mal in Frankreich uraufgeführt. Beim ersten Mal, 1971, war in einem Pariser Kino eine Bombe explodiert, die höchstwahrscheinlich von Rechtsextremen gelegt worden war; nach kurzer Zeit war damals von dem Film nichts mehr zu hören gewesen.

Der Film des italienischen Regisseurs Gillo Pontecorvo behandelt jene Periode des algerischen Unabhängigkeitskrieges gegen die Kolonialmacht Frankreich, während derer der FLN (Front de libération nationale, Nationale Befreiungsfront) 1956/57 auf Methoden des urbanen Terrorismus setzte und die französische Herrschaft mit massi-

vem Einsatz von Folter antwortete. Dass der Film, in dem vorwiegend algerische LaiendarstellerInnen spielten, gerade jetzt in Cannes zu Ehren kommt, ist keinem historischen Zufall zu verdanken.

Denn im September 2002 wurden zwei US-Diplomaten in Algier in der Villa des seinerzeitigen Hauptdarstellers Yacef Saadi, der in dem Film seine eigene geschichtliche Rolle interpretierte, vorstellig. Sie wollten, dass er seinen Film in Nordamerika zeige und auch für Diskussionen zur Verfügung stehe. So kam es am 27. August 2003 zu einer Sondervorstellung im Pentagon, welche die «Direktion für besondere Operationen und low intensity conflicts» organisiert hatte. Auf der Einladung hiess es: «Kinder schiessen aus nächster Nähe auf Soldaten. Frauen legen Bomben in Cafés. Bald wird die gesamte arabische Bevölkerung von einem verrückten Fieber erfasst sein. Erinnern Sie das an etwas?» Und: «Die Franzosen haben einen Plan. Sie erzielen einen taktischen Erfolg, aber erleiden eine strate-

gische Niederlage. Wenn Sie verstehen wollen, warum das so ist, kommen Sie zu dieser seltenen Vorführung.»

Dieser «Plan», das war die Folter. Sie ist in dem Film deutlich präsent. Die bei der Vorführung anwesenden ZivilistInnen und Militärs interessierten sich besonders dafür, wie der Einsatz der Folter einerseits effizient sein konnte, andererseits aber auch Märtyrer und Helden des Unabhängigkeitskampfes hervorzubringen drohte. (Auch bestimmte Einheiten der israelischen Armee setzen den Film zu ähnlichen Zwecken ein.) Nachdem die Experten des Pentagon instruiert waren, kam der Film ab Januar 2004 auch in die US-Kinos. Seit letzter Woche kann ihn auch das breite französische Publikum sehen.

Die jüngere Geschichte dieses Films beweist vor allem eins: Bereits sechs Monate vor dem Angriff auf den Irak, im September 2002, wurden in den höchsten Kreisen der US-Politik Vorbereitungen auf das getroffene, was erst viel später publik wurde.



Extrem

Der Grüne Berner Stadt-parlamentarier Daniele Jenni hat Post vom Polizeikommando Graubünden erhalten. «Am 24. Januar 2004 wurden von Ihnen handschriftlich die folgenden Angaben erhoben und anschliessend digital erfasst: 'Jenni Daniele, 07.09.1949, von Niederhünigen' (...). Diese Daten wurden in digitaler Form (...) auf Ersuchen hin (...) dem Bundesamt für Polizei, Dienst für Analyse und Prävention gemeldet.» Es sei davon auszugehen, so Jenni, dass sämtliche in Landquart Kontrollierten diesen Bescheid erhielten, wenn sie ein Akteneinsichtsgesuch stellen würden. «Alle 1082 von der friedlichen Demo in Chur Heimreisenden» seien damit als Personen qualifiziert worden, «gegen die der ‚begründete Verdacht besteht‘, dass sie ‚die Ausübung der politischen Rechte oder der Grundrechte als Vorwand nehmen, um (...) gewalttätig extremistische Tätigkeiten vorzubereiten oder durchzuführen‘». So stehe es im Bundesgesetz über die Wahrung der inneren Sicherheit. Das hat die DavoserInnen am vergangenen Wochenende nicht davon abgehalten, Hans Peter Michel mit überwältigendem Mehr zum neuen Landammann zu wählen. Michel war es, der als einziger Bündner in den Kessel von Landquart hineinging, um das zu tun, was eigentlich Bürgerpflicht wäre: Sich mit der physischen Präsenz den Übergriffen einer entfesselten Staatsmacht entgegenzustellen. Gewähr wurde an diesem Sonntag auch Rolf Marugg. Ihn musste die Armee im Januar 2003 nach langem Hin und Her beurlauben, damit er an der Anti-WEF-Demo in seiner Heimatgemeinde teilnehmen konnte.

WALTER ANGST

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft Vorwärts, PdAS und ihre Deutschschweizer Sektionen. Postfach 2469, 8026 Zürich. PC: 40-19855-7. Jahresabo: 160.-, reduziert (AHV, Stud.) 110.-

REDAKTION:
Vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich, Telefon 01 241 66 77, Fax 01 242 08 58 e-mail: redaktion@vorwaerts.ch
Walter Angst (wa), Sladjana Drobnjak (sdr), Matthias Hauser (mh), Sandra Nicolodi (san), Reto Plattner (rtp), Käthi Straumann (ks), Siro Torresan (sit), Yvonne Zimmermann (yz).

BÜRO BASEL:
Käthi Straumann (ks), Giessliweg 68, 4057 Basel, Telefon 061 6310894, k.straumann@vorwaerts.ch

BÜRO BERN:
Vorwärts, Postfach 8701, 3001 Bern. Tel 031 331 88 52, Yvonne Zimmermann, y.zimmermann@vorwaerts.ch

ABONNEMENTE:
administration@vorwaerts.ch

DRUCK:
Coopérative d'Imprimerie, Genf

Unter der Knute

ZU ANJUSKA WEIL. «KEINER BAUT SEIN NEST AUF DEM PANZER DER BESATZER». VORWÄRTS 29. MAI 2004

So erfreulich es ist, dass nach langem Schweigen schliesslich auch der VORWÄRTS durch die Feder von Anjuska Weil eine Diskussion und Positionsbestimmung der europäischen «Linken» bezüglich des Widerstands im Irak anmahnt, so verwunderlich erscheint mir die Tatsache, dass eine solche Diskussion überhaupt noch nötig ist. Die anstehenden Fragen können nur jene in Verwirrung und Unschlüssigkeit stürzen, die entweder die Ereignisse im Irak nicht verfolgt haben oder die nicht zu unterscheiden wissen zwischen politischer und technischer Unterstützung beziehungsweise Verteidigung. So unzutreffend es ist, dass, wie von der Besatzung ebenso wie von der IKP oder der «Arbeiterkommunistischen Partei Iraks» behauptet, der bewaffnete Widerstand nichts weiter als eine Ansammlung von Saddam-Anhängern und islamistischen Terroristen ist, so zutreffend ist es sicher, dass Baathisten und Islamisten verschiedener Couleur in ihm die führende Rolle spielen. Die Position marxistischer Kräfte allen (politisch) bürgerlichen Kräften gegenüber – gleich ob «fortschrittlichen» oder offen reaktionären – kann nur die des politischen Kampfes gegen sie sein. Im Falle eines Teils der Baathisten und des Gros der Islamisten haben wir es zweifellos mit terroristischen Feinden der Arbeiterklasse zu tun. Der Kampf gegen sie würde – betrachtet man nur die interne Situation – taktisch oberste Priorität haben. Dass der Irak ein von mehreren imperialistischen Mächten besetztes Land ist, macht jedoch eine andere Schwerpunktsetzung notwendig. Den Kampf gegen die imperialistische Besatzung zur taktischen Hauptaufgabe zu machen, ist nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Massen im Irak, sondern gegenüber der internationalen Arbeiterklasse. (...) Es ist daher die erste Aufgabe einer revolutionären und deshalb proletarischen Linken im Irak, sich an diesem (bewaffneten) Kampf zu beteiligen oder ihm zumindest technische Unterstützung zukommen zu lassen, gleich von wem er momentan geführt wird. Gleichzeitig muss der ideologisch-politische Einfluss der bürgerlichen Kräfte im Widerstand zurückgedrängt werden, weil deren politisches Ziel Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Massen Iraks und lediglich ein besserer Platz innerhalb des imperialistischen Weltsystems sind. (...) Ob eine der «linken» Gruppen heute dazu die Kraft hat, ist eine wichtige, aber nicht die wichtigste Frage. Eine Organisation wie die IKP oder die AKPI, die sich angesichts einer real existierenden Résistance darauf beschränkt, diese zu denunzieren und nicht etwa zusätzlich, sondern stattdessen Proteste und Demos für – ehrenwerte – Ziele der bürgerlichen Demokratie zu organisieren, verfehlt die grundlegende Aufgabe einer revolutionären Arbeiterpartei. (...)

ANTON HOLBERG, BONN.
DIESER LESERBRIEF WURDE LEICHT GEKÜRZT.

Aktionen & Demos

FrauenAareDemo. Bern. Am Frauenstreiktag erobern Frauen und solidarische Männer die Aare: Mit Booten und Transparente von Uttigen nach Bern. Anmelden info@frauenstreik.ch.

MONTAG 14. JUNI, 13.15 UHR, TREFFPUNKT IM BAHNHOF.

Mutterschaftsversicherung. Bern. Frauen und solidarische Männer umzingeln das Bundeshaus. Weitere Infos: www.frauenstreik.ch.
14. JUNI, 17.30, BUNDESTERRASSE.

Gleichstellung. Basel. «Und was verMISSen Sie?»: Aktion des Basler Komitees pro Gleichstellung.

14. JUNI, 12-18.30 UHR, RATHAUS.

Im Zweifel ein Urteil gegen den Angeklagten

Salvatore Pittà. Am letzten Freitag hat das Zürcher Geschworenengericht Marco Camenisch zu siebzehn Jahre Haft verurteilt. Zum zweiten Mal ging die Schweizer Justiz gegen ihn über den Strafantrag des Staatsanwaltes hinaus. Verteidiger Bernard Rambert will das Urteil beim Bundesgericht anfechten.

Gerichtspräsident Mathys eröffnete die Urteilsverkündung am Freitag, 4. Juni, mit einer guten Nachricht. Marco Camenisch sei vom Vorwurf freizusprechen, beim Ausbruch aus der Strafanstalt Regensdorf von 1981 den Tod eines Oberaufsehers in Kauf genommen zu haben. Ihm könne nicht nachgewiesen werden, dass er beim Ausbruch eine aktive Rolle gespielt habe, als die Schüsse fielen. Das Gericht habe im Zweifelsfalle für den Angeklagten entschieden.

Marco Camenisch sei aber schuldig zu sprechen, 1989 in Brusio (GR) einen Grenzwächter erschossen zu haben. Das Geschworenengericht habe auf eine lebenslange Strafe verzichtet. Wohl der zweite Beweis für dessen Menschlichkeit? Mitnichten! Erst am Schluss liess Mathys in einer komplizierten Rechnung die Katze aus dem Sack: Die bereits in Italien abgesessenen zwölf Jahre Zuchthaus werden den nun gesprochenen siebzehn Jahren nicht angerechnet. Staatsanwalt Ulrich Weder hatte zwar in seinem Plädoyer lebenslanglich gefordert, die italienische Haft jedoch eingerechnet. Gegenüber der Presse zeigte er sich zufrieden: Die Betrachtungsweise des Gerichts sei durchaus vertretbar. Verteidiger Bernard Rambert verkündete, er wolle das Urteil beim Bundesgericht anfechten. Insbesondere werde er gegen Strafmass und Berechnung der Reststrafe Nichtigkeitsbeschwerden einreichen. Ob er auch gegen den Schuldspruch rekurriert, will er nach Erhalt der schriftlichen Urteilsbegründung entscheiden.

In seiner anderthalbstündigen mündlichen Urteilsbegründung räumte Mathys kaum einen der vom Verteidiger eingebrachten Zweifel bezüglich Marcos Täterschaft im Fall von Brusio aus (siehe VORWÄRTS 4. Juni 2004). Zu Recht habe die Verteidigung darauf hingewiesen, dass die Tatzeugen «nicht unbeeinflusst Aussagen machen konnten», was deren «Beweiswert beeinträchtigt». Ihre Identifikation habe jedoch eine «gewisse indizielle Bedeutung», zumal das Gericht die Bartfrage als «nicht bedeutend» erachtet habe: Die Tatzeugen hatten einen Barträger als Täter identifiziert, während vier Personen, die Camenisch unmittelbar nach der Tat gesehen hatten, ihn alle ohne Bart beschrieben. Warum der gesuchte Marco sich ausgerechnet auf offener Strasse zum Grab seines Vaters begeben hatte, anstatt den Weg über die parallel verlaufende Waldstrasse bei Casai, die parallel verlaufende Bahn oder den Weg entlang des Flussbettes des Poschiavino zu wählen, fand Gerichtspräsident Mathys zwar «unverständlich», doch sei «der Angeklagte auch bei seiner Verhaftung in Italien auf offener Strasse gegangen».

Den Ausschlag habe die Tatwaffe gegeben, die Marco bei seiner Verhaftung zwei Jahre nach dem Mord auf den Grenzwächter auf sich getragen habe. Die Frage, warum er diese nicht weggeworfen habe, sei zwar unlogisch, jedoch kein Grund, diesen Hinweis nicht als schwerwiegendes Indiz anzuerkennen. Die Möglichkeit einer Manipulation der Beweismittel durch die italienische R.O.S. verwies Mathys ins Reich der Theorie, da die Projektile durchwegs gleich schwer gewesen seien. Hingegen zeigten Charakter und Vorgehensweise des Angeklagten bei der Verhaftung und bei einem Sprengstoffanschlag in Italien eine «erhebliche Gewaltbereitschaft», die bestens ins Bild passe. Marcos Motiv bleibe wegen seiner Aussageverweigerung zwar «im Dunkeln» – man könne aber vom «äusseren Ablauf davon ausgehen, dass er sich dem Strafvollzug entziehen wollte».

Das Gericht habe auch die Möglichkeit einer Dritt-Täterschaft in Erwägung gezogen, jedoch im Gesamtbeweisverfahren keine Hinweise dafür gefunden. Insgesamt ergebe sich «ein beweismässig abgerundetes Bild», das «keine vernünftige Zweifel an der Täterschaft des Angeklagten übrig» lasse. Damit übernahm das Gericht die Sichtweise des Staatsanwaltes wörtlich, was auch in der rechtlichen Würdigung eindeutig zum Vorschein kam.

«Gegen die revolutionäre Linke»

In einer Medienmitteilung kritisieren «FreundInnen und UnterstützerInnen von Marco Camenisch» das Urteil mit Hinweis auf die Geschehnisse vom 8. Mai

(VORWÄRTS, 14. Mai 2004) als politisch gegen die «gesamte revolutionäre Linke». Darüber äusserte sich das Gericht nie, und im Unterschied zur Sarelli-Sprengung von 1979 kann der Mord an einem Grenzwächter kaum als politische Tat bezeichnet werden, auch wenn dieser ein «zum Töten ausgebildeter und bewaffneter Soldat» war. Vielmehr liess der Präsident mehrmals durchscheinen, dass diese Aussage von Marco in der Prozessöffnung den Geschworenen missfallen habe, insbesondere weil er ansonsten zum Fall geschwiegen hatte.

Politisch an dem Urteil scheint deshalb eher die Tatsache, dass das Gericht einen Menschen besonders hart straft – der an Nierenkrebs erkrankte Marco wird frühestens mit 66 und mit über einer Million Franken Schulden aus dem Gefängnis entlassen, falls er seine Krankheit bis dann überhaupt überlebt –, nur weil er konsequent sein Recht wahrgenommen hat, die Aussage zu verweigern. Strafmass, Berechnung der Reststrafe und Verhängung von Sicherheitshaft lassen keinen vernünftigen Zweifel daran übrig, dass es darum ging, einen Staatsfeind für immer zu versorgen. Abgerundet wird dieses Bild von der Tatsache, dass das Gericht die beiden vorgeworfenen Taten mit verschiedenen Massstäben bewertete. Die zahlreichen Ungereimtheiten im Fall Brusio hätten genauso wie im Fall Regensdorf zu einem Freispruch führen können – vorausgesetzt, das Gericht hätte hier ebenfalls in dubio pro reo statt nach der grössten Wahrscheinlichkeit geurteilt.

KNASTSPAZIERGANG ZUR SOLIDARITÄT:
SONNTAG, 13. JUNI, 12.30 UHR, TREFFPUNKT
HAUPTBAHNHOF, ZÜRICH.

Gassen-Aktionstag

rtp. In den Städten Bern, Biel und

Basel haben am letzten Dienstag gassennahe Gruppen gegen Repression und Ausgrenzung im öffentlichen Raum protestiert. Initiiert von lokalen Gruppen für Gassenarbeit wie der Schwarze Peter, haben in Basel auch Augenauf, das Sans-Papiers-Komitee, die Antirep-Gruppe und der Verein GEG (Gewaltlose Bewegung zur Erlangung der Grundrechte) die Öffentlichkeit auf die Problematik aufmerksam gemacht. Mittels Standaktionen und mobilen Einrichtungen zeigten die AktivistInnen Mechanismen der Repression und Handlungsmöglichkeiten dagegen auf. Bleibt zu hoffen, dass Behörden und Bevölkerung endlich begreifen, dass öffentlicher Raum eben öffentlich ist.

Lieber Sex als Pontifex

yz. Der Besuch des Papstes am vergangenen Wochenende hat polarisiert. Während sich Tausende jugendlicher KatholikInnen auf der Berner Allmend tummelten und gemeinsam beteten, galt in der Stadt Bern ein generelles Demonstrationsverbot, papstkritische AktivistInnen verteilten Kondome, mehrere Hundert Personen demonstrierten gegen den Papstbesuch, und zwei Frauen hielten inmitten der Papstfans ein Transparent mit der Aufschrift «Lieber Sex als Pontifex» auf – worauf ihnen die Polizei eine mögliche Anzeige wegen unbewilligten Demonstrierens in Aussicht stellte, ganz anders als den vielen anderen, die ebenfalls dort demonstrierten, allerdings für den Papst. Unterdessen kesselte ein Grossaufgebot der Polizei die Anti-Papst-Demo ein, kontrollierte 150 Personen und nahm 26 fest. Bereits am Freitag hatte eine Spontankundgebung gegen das Demoverbot stattgefunden.

Der irakische Widerstand und die ArbeiterkommunistInnen

Shamal Ali, Mitglied des Zentralkomitees der Arbeiterkommunistischen Partei Iraks, antwortet auf einen im Vorwärts erschienenen Artikel und einen Leserbrief zum irakischen Widerstand. Er kritisiert, dass die internationale Linke falsche Illusionen zum Widerstand in Irak habe.

Debatte bisher

yz. Die Vorwärts-Autorin Anjuska Weil hatte in einem Artikel vom 28. Mai berichtet, dass an einer «Solidaritätskonferenz mit dem kämpfenden irakischen Volk» die Frage offen geblieben war, mit welchem Widerstand sich die internationale Linke solidarisieren sollte. Daraufhin erhielt die Vorwärts-Redaktion einen Leserbrief (Vorwärts vom 11. Juni), der den Kampf gegen die imperialistische Besatzung als Hauptaufgabe erklärte und forderte, dass eine revolutionäre Linke im Irak sich an diesem bewaffneten Kampf gegen die Besatzung beteiligen oder ihm zumindest technische Unterstützung zukommen lassen müsse, gleich von wem er gerade geführt werde.

Der aktuellen Konfrontation zwischen al-Sadr's Gruppe mit anderen terroristischen Gruppen und amerikanischen Truppen liegt nicht eine Politik Amerikas zugrunde, die den Irak vor Terrorismus beschützen will. Es ist auch falsch, diesen Konflikt als bewaffneten Kampf der islamischen Gruppen für die Rechte des irakischen Volks darzustellen und die US-Kräfte und die alliierten Truppen freizusprechen. Wir stehen einem terroristischen Konflikt zwischen zwei internationalen terroristischen Polen gegenüber, welche den Irak als Schlachtfeld benützen.

Die vom Iran gestützten islamischen Gruppen praktizierten den Terrorismus vom Beginn der amerikanischen Besatzung an, um der irakischen Bevölkerung ihre starren politischen und religiösen Programme aufzuzwingen. All die Verbrechen geschahen im Angesicht der US-Behörde, welche nichts dazu tat, diese Gruppen einzudämmen – bis zu dem Tag, als die Terroristen ihre Gewehre gegen die Amerikaner richteten.

Im Zusammenhang mit diesem blutigen Konflikt entscheidend ist das Wesen dessen, was im Allgemeinen als «irakischer Widerstand» bezeichnet wird. Es gibt eine weitverbreitete Illusion unter der internationalen Linken: Die Stellungnahmen bewegen sich zwischen bescheidener Zustimmung und offener Unterstützung. So wurde es auch alltäglich, die KommunistInnen im Irak zu beschuldigen, dass sie sich den widerständischen Kräften widersetzen.

Wir sehen uns verpflichtet, den AnhängerInnen dieser Illusionen zu antworten. Diese basieren auf falschen und nichtrevolutionären theoretischen und politischen Ansichten, wie derjenigen, dass die ausländische Besatzung Widerstand rechtfertigt und die Linke diesen Widerstand ungeachtet der Art der Führerschaft unterstützen solle.

Diese Definitionen von «Besatzung» und «Widerstand» mit ihrem politischen Hintergrund, die in Begriffen wie «Souveränität» und «Nationen als Heiligtümern» ihre Ursprünge haben, waren nie Teil der revolutionären Sprache der ArbeiterkommunistInnen. Der einzige Standard, politische Bewegungen, ob bewaffnet oder nicht, zu bewerten, ist, deren objektive Natur, die Ziele und Merkmale zu kennen.

Die irakischen ArbeiterInnen kämpfen gegen die US-Armee und nehmen radikal Stellung gegen die Politik und die Handlungen der Koalitionsbehörde. Jedoch beteiligen sie sich nicht an den Fronten der reaktionären Kräfte. Der Kampf der ArbeiterInnen gegen die Besatzungsarmee ist untrennbar vom Kampf gegen die reaktionären Kräfte und ihre mittelalterlichen und alptraumartigen Visionen einer Gesellschaft.

Um den Rückzug der US-amerikanischen Truppen zum Wendepunkt und Symbol einer neuen Ära des Friedens, der Gleichheit und des Wohlstands werden zu lassen, müssen die irakischen ArbeiterInnen ihre Bestrebungen und Wünsche selber wahr machen. Wir

waren die ersten, die auf die Strasse gingen und sich den US-Truppen entgegen stellten. Die Union der Arbeitslosen Iraks war die erste, die ein Sit-in gegen Arbeitslosigkeit und Hunger lancierte. Wir forderten auch als erste den Abzug der Besatzungsmächte. Die ArbeiterInnen brauchen eine Front, die gleichzeitig aufsteht gegen beide terroristischen Pole, den US- und den islamistischen Terrorismus.

Eine weitere Illusion ist die Annahme, dass der islamistische Terrorismus ein Kind Amerikas ist und verschwindet, sobald Amerika bezwungen ist. Die Sichtweise, dass die AnhängerInnen al-Sadr's und anderer islamischer Gruppen den schweren und fortschrittlichen Waffen der Koalitionstruppen zahlenmässig unterlegen sind, lässt sie die Tatsache vergessen, dass die islamischen Gruppen im Irak Teil einer internationalen Strömung sind, die weltweit terroristische Akte ausübt, die zudem aus Hunderten von Parteien, Organisationen und bewaffneten Gruppen besteht.

Den Imperialismus auf moderne kapitalistische Kräfte zu reduzieren und Amerika als deren repräsentatives modernisiertes Zentrum zu sehen, macht die traditionelle Linke vergessen, dass wir einem kapitalistischen Feind und einer bourgeoisen Bewegung gegenüberstehen, auch wenn diese sich uns als äusserst schwache, äusserst reaktionäre und theokratische Kräfte präsentieren.

Die Tatsache, dass der politische Islam während einer entscheidenden Phase entstand und Gestalt annahm, als die USA Verbündete brauchte, um gegen die sogenannte kommunistische Gefahr vorzugehen, ändert nichts an der momentanen Wirklichkeit. Die Magie hat sich gegen den Magier gewandt und ist zu einem einflussreichen internationalen Pol geworden, der für seinen Anteil am globalen Reichtum und der globalen Macht kämpft.

Dennoch ist die wahrscheinlich schlimmste Folge dieses Konflikts, was die Interessen der ArbeiterInnen und der zivilisierten Menschheit anbelangt, der Sieg einer terroristischen Kraft wie der des politischen Islams über Amerika. Amerika ernährt sich von der Angst und dem Horror, die sich weltweit mit dieser Möglichkeit durchsetzen.

Wenige in der Welt sind so dumm wie die traditionelle Linke, die in einem Konflikt wie diesem die einen Terroristen gegen die andern unterstützt. Dies ist der verborgene wahre Kern einer verschwindenden Antikriegsbewegung und ihre Wirkung schrumpft angesichts der heutigen Geschehnisse.

Im Irak suchen und kämpfen wir für die Schaffung eines dritten Pols. Die Linke kann sich einen Sieg über die USA seitens der zivilisierten Menschheit und ihrer fortschrittlichen und humanistischen Kräfte nur sichern, indem sie nicht die AnhängerInnen al-Sadr's und Bin Ladens materiell und moralisch unterstützt, sondern die ArbeiterkommunistInnen und die weltliche ArbeiterInnen-Bewegung Iraks.

Die Bezwingung der USA und der britischen alliierten Mächte wird in diesem Konflikt, wenn sie vom politischen Islam erreicht wird, bloss die Innen- und Aussenpolitik der reaktionären und faschistischen Rechten des Westens stärken. Obschon die ArbeiterkommunistInnen bewaffneten Widerstand als legitime revolutionäre Taktik anerkennen, glauben sie, dass inmitten der momentanen ideologischen und klassenbezogenen Geschehnisse und der organisatorischen Schwäche einer Massenbewegung und emanzipatorischer Kräfte, dies die Entwicklung einer Massenbewegung verhindern könnte.

Auch bedeutet vielleicht ein Rückzug der USA und der Alliierten, dass der Irak zu einem neuen Somalia wird. Um dies zu verhindern, ist eine Stärkung der Partisanen- und Massenbewegung nötig und die Bewaffnung der ArbeiterInnen und KommunistInnen, um ihnen zu ermöglichen, die Initiative in ihre Hände zu nehmen.

Es ist klar, dass die Solidarität der internationalen Linken und der ArbeiterInnenbewegung mit der Arbeiterkommunistischen Partei Iraks diese Schritte beschleunigen werden.

DIESER TEXT MUSSTE AUS PLATZGRÜNDEN STARK GEKÜRZT WERDEN.

Drama zur Konfliktbearbeitung

yz. Maja Hess, Ärztin und Präsidentin von medico international schweiz, kehrte Ende Juni vom Gazastreifen zurück. Dort hatte sie, zusammen mit Ursula Hauser, Psychoanalytikerin und Psychodramatikerin, einen Psychodrama-Workshop durchgeführt. Maja Hess berichtet in einem Gespräch von ihren Erfahrungen.

Was ist Psychodrama?

Psychodrama ist eine Gruppenmethode: Die Gruppe wählt eine von den TeilnehmerInnen vorgeschlagene Geschichte aus, und die Erzählerin wird zur Protagonistin. Als solche setzt sie ihre Geschichte in Form eines Stegreiftheaters szenisch um, in dem verschiedene TeilnehmerInnen eine Rolle zugeteilt bekommen und im Rollenwechsel mit der Protagonistin die Geschichte entwickeln. Ziel eines solchen Prozesses ist es, den Konflikt als aktiv Handelnde zu bewältigen und Gefühle wie Wut, Aggression oder Trauer auszudrücken und eine mögliche Konfliktlösung auf der Bühne umzusetzen.

Dabei geht es um persönliche Probleme, aber auch um Arbeitskonflikte oder Situationen des politischen Alltags. Bei vielen Fällen wurde klar, dass die Probleme etwas mit der Lebenssituation in Gaza zu tun haben: Viele Leute müssen täglich Checkpoints passieren und wissen nicht, ob sie arbeiten gehen können oder nicht, ob es eine gewalttätige Auseinandersetzung gibt oder nicht. Diese Ungewissheit, Ohnmacht und Erniedrigung schlägt sich im Alltag nieder.

War in den Situationen, die ihr bearbeitet habt, der politische Konflikt sichtbar?

Ja, der politische Konflikt, wie er sich in den Alltag übersetzt. Die Auswirkungen des Konflikts sind jedoch schichtspezifisch, das darf man nicht vergessen. Wir haben besonders mit Menschen aus der Mittelschicht gearbeitet, mit SozialarbeiterInnen, ÄrztInnen und PsychiaterInnen, die ihrerseits mit der Basis arbeiten. Hier können sie die erlernten Werkzeuge weitergeben. Mit dem Workshop sollen sie aber auch in ihrer persönlichen Identität gestärkt werden, damit sie ihre

schwierige Arbeit weiterführen können. In der Ausbildung haben sie zudem einen therapeutischen Raum. Diese Kombination ist das Geniale am Psychodrama: Da ist der Psychodrama-Prozess der Gruppe, dann die Prozessanalyse, und wir vermitteln den Leuten das Know-how für ihre eigene Arbeit.

Wenn Situationen bearbeitet werden, geht es auch um die Umsetzung in der Realität?

Ja, es geht auch um die Suche nach einem Ausweg aus der schwierigen Situation. Einmal machten wir ein Soziodrama zum Thema Gefängnis. Die Leute standen zusammen, und wir bauten rund um sie Stühle auf wie ein Gefängnis. Sie mussten sich überlegen, was sie für Möglichkeiten hatten auszubrechen. Das war eindrücklich, weil sie völlig blockiert waren und die Stühle nicht wegschieben konnten. Das ist ein Hinweis darauf, wie die Leute die Situation des Eingesperrtseins verinnerlicht haben.

Ich reise seit vielen Jahren nach Gaza und nehme wahr, wie viele Leute resignieren. Fast alle Frauen tragen jetzt eine Kopfbedeckung, auch solche, die nicht religiös sind. Sie «decken» sich zu, ziehen sich in ihre Privatsphäre zurück und warten darauf, dass alles vorbeigeht und sie sich wieder auf die Strasse wagen können. Daneben gibt es auch eine fundamentalistisch-religiöse Tendenz: Jungen wollen Märtyrer werden und sehen es als göttliche Pflicht zu sterben.

Im Workshop geht es auch um die Suche nach einem Ausweg aus der Resignation?

Ja, es geht darum, Nischen zu finden, zu überleben, ohne in eine Passivität zu verfallen, Widerstandskräfte zu stärken, Räume

aufzumachen, nach Veränderungen zu suchen.

Auch Genderfragen waren ein Thema. Dabei ging es zum Beispiel um die Marginalisierung der Frauen, um die Tatsache, dass sie nicht als Gesprächspartnerinnen ernst genommen werden. Ein anderes Thema war der Konflikt zwischen Gross- und Kleinfamilie oder die Arbeitstätigkeit der Frau ausser Haus. Das gibt es in Gaza nur selten, und es ist deshalb Teil eines Wandels, wenn Frauen einer bezahlten Tätigkeit ausser Haus nachgehen.

Vor Palästina habt ihr denselben Workshop in El Salvador durchgeführt. Ist Psychodrama eine Methode, traumatische (politische) Ereignisse zu verarbeiten?

Ja, auf jeden Fall. Die Konflikte sind nicht individuell, sondern ein gesellschaftliches Phänomen, die ganze Gesellschaft leidet darunter. Dazu ist eine Gruppenmethode sehr geeignet, weil alle die gemeinsame Geschichte kennen. Das Psychodrama kann in relativ kurzer Zeit deutliche Veränderungen bewirken.

In Gaza hat der Workshop noch eine andere Funktion. Es ist für die BewohnerInnen sehr wichtig, dass Leute von aussen hinfahren. Das Gebiet wird immer abgeschotteter, die BewohnerInnen können nicht oder nur mit grossen Schwierigkeiten ausreisen, und auch die Einreise ist sehr schwierig geworden. Jüdische oder palästinensische Israelis dürfen den Gazastreifen nicht mehr betreten. Für die PalästinenserInnen sind deshalb solche Besuche sehr wichtig, unter anderem, damit ein Stück Hoffnung auf Veränderung bleibt und nicht nur die Resignation.



Verpflichtung

Die Ausgaben der Staatskasse für Sozialhilfe steigen stetig, die Anzahl BezügerInnen nimmt zu – es muss etwas geschehen. Zukünftig werde von den SozialhilfeempfängerInnen mehr Eigeninitiative verlangt und Bezüge würden an Leistungen gekoppelt, führt Basels Regierungsrat Lewin (SP) zur neuen Ausrichtung der Sozialhilfe aus. Ausserdem werde das fallbezogene Arbeiten, das so genannte Case Management, eingeführt. Diese Neuorientierung wird unterstützt durch die eben in die Vernehmlassung gegebenen neuen SKOS-Richtlinien. Die Diskussion wird geprägt von Fachleuten, welche versuchen, mittels Reformen die Sozialhilfe in einem schwierigen Umfeld leistungsfähig zu erhalten. Sie prüften die ganze Palette möglicher Lösungen. So die publizierte Sicht der Dinge. Die ist falsch. Sie lässt Grundlegendes ausser Acht. Weil an eine reale Verpflichtung der Wirtschaft und der wohlhabenden Teile der Gesellschaft zugunsten eines funktionierenden Sozialsystems nicht gedacht wird. Der Stellenabbau in der Wirtschaft und die Steuerergeschenke an die Reichen sind aber massgeblich verantwortlich für die rapide steigende Anzahl Betroffener und das fehlende Geld. Dass über diese Verantwortung nicht geredet wird, ist typisch: Die Idee, die finanziell behüteten Klassen der Gesellschaft während in die soziale Verantwortung mit einzubinden, ist undenkbar – sie würde den allgemeinen Nutzen vor den der Profiteure stellen.

RETO PLATTNER

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft Vorwärts, PdAS und ihre Deutschschweizer Sektionen. Postfach 2469, 8026 Zürich. PC: 40-19855-7. Jahresabo: 160.–, reduziert (AHV, Stud.) 110.–

REDAKTION:
Vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich, Telefon 01 241 66 77, Fax 01 242 08 58 e-mail: redaktion@vorwaerts.ch
Walter Angst (wa), Susanne Bachmann (sub), Sladjana Drobnjak (sdr), Matthias Hauser (mh), Sandra Nicolodi (san), Reto Plattner (rtp), Käthi Straumann (ks), Siro Torresan (sit), Yvonne Zimmermann (yz).

BÜRO BASEL:
Reto Plattner (rtp), Tel 061 691 51 67, r.plattner@vorwaerts.ch.

BÜRO BERN:
Vorwärts, Postfach 8701, 3001 Bern. Tel 031 331 88 52, Yvonne Zimmermann y.zimmermann@vorwaerts.ch.

ABONNEMENTE:
administration@vorwaerts.ch

DRUCK:
Coöpérative d'Imprimerie, Genf

Individueller Terror
Zustimmung und Kritik zu Shamal Alis «Der irakische Widerstand und die ArbeiterkommunistInnen» (VORWÄRTS vom 9. Juli). Wenn wir Schweizer KommunistInnen das Weltgeschehen überblicken, fallen uns gute Ratschläge wie Meteore ein. Nun, unsere Einschätzungen mögen immer ein paar Körnchen Wahrheit enthalten.

Was mir missfällt, ist der Name «Arbeiterkommunistische Partei Iraks». Die Beschränkung einer kommunistischen Partei auf Arbeiter ist zu eng gesehen. Wir kennen die linken Opportunisten, die ihre Dienste und Fähigkeiten dem Bürgertum als Gegenwert einer Karriere anbieten. Doch es gibt, wenn auch in kleinerem Mass, eine Gegenbewegung. Ich spreche von den bürgerlichen Renegaten, die zur Partei der Proletarier hinüberwechseln, weil sie den Sozialismus als notwendige Ordnung der Gesellschaft anerkennen.

Intellektuelle mögen bei einer gemeinsamen Arbeit den «Arbeitern» im Wege stehen. Doch wenn durch Denken erworbene Erkenntnisse die politische Arbeit erleichtern, sind sie gefragt.

Der individuelle Terror ist in der Arbeiterbewegung ein Problem. Ich stimme Genosse Shamal zu, dass wir den Terror der islamischen Reaktionen nicht gegen den Terror der amerikanischen Imperialisten unterstützen können. Unter dem Regime einer Scharia zu leben, wäre unerträglich. Individueller Terror ist die Waffe von Schwachen. Er entspringt spontan dem Radikalismus von Kleinbürgern in einer rückständigen Gesellschaft. (Allerdings nicht nur dort.)

Angesichts der Ohnmacht der Palästinenser gegenüber der Brutalität der israelischen Besetzung sind ihre Selbstmordattentate verständlich; für die einen sogar moralisch gerechtfertigt. Politisch sind sie nicht haltbar. Als Marxist kann ich mir eine Situation vorstellen, wo sie in bestimmten Momenten einer Volkserhebung zum Durchbruch verhelfen können. Davon ist das palästinensische Volk jedoch weit entfernt. Ein anderer Weg müsste gesucht werden. Durch die Palästinenser selbst. Da helfen weise Ratschläge von aussen nichts.

Eben so wenig masse ich mir an, den irakischen Genossen zu empfehlen, was sie zu tun haben. Die Situation im Irak ist mit jener der Schweiz nicht vergleichbar. Trotzdem haben wir wie alle kommunistischen Parteien gemeinsame Probleme. Wir sind beide zwei kleine Parteien. Wir sind dazu verurteilt, bei der Lösung einzelner Fragen unzuverlässige Verbündete beim Kleinbürgertum zu suchen. Hilfe finden wir im klassischen Werk Lenins «Die Kunst der Kompromisse» Heute ist jede politische Arbeit eine Technik, die sich jeder und jede aneignen kann. Politik aber ist eine Kunst.

KARL PALMA, ZÜRICH (GEKÜRZT)



Die neue Vorwärts-Redaktorin Susanne Bachmann.
Foto: Renate Joss

Willkommen beim Vorwärts
Susanne Bachmann wird neu die Redaktion des VORWÄRTS ergänzen. Die 27jährige Soziologin arbeitet im Menschenrechtsbereich und engagiert sich in autonomen und feministischen Zusammenhängen. Ihre Schwerpunkte sind Migration, Rassismus und Geschlechterforschung. Susanne Bachmann bringt Erfahrungen in der alternativen Medienarbeit bei einem freien Radio in der BRD mit und hat als freie Autorin beim megafon, der Zeitung aus der Reitschule Bern, gearbeitet.

Die Elsie verschwindet

rtp. Seit dem 18. Mai ist es definitiv: Ende Juli müssen die NutzerInnen der Gebäude an der Elsässerstrasse 5-11a in Basel raus. Die Stiftung Habitat hat vom Bundesgericht grünes Licht für ihr Neubauprojekt erhalten. Einmal mehr wird das typische Schicksal politikultureller Freiräume vollendet.

Bildhafter Abschluss nach einer mehr als siebenjährigen bewegten Geschichte? Zur Zeit beteiligen sich einzelne Leute aus der «Elsie» an den Dreharbeiten zum Fernsehkrimi «Tod einer Ärztin» im Basler St. Johann-Quartier. Sie spielen das, wofür sie wohl teilweise gehalten werden: randständige Freaks und DrogenbenutzerInnen. Die «Elsiepunks» verkörpern als Süchtige die Hauptverdächtigen des Mordes an einer Drogenärztin.

Ende dieses Monats werden die Elsie-BewohnerInnen ihr Wohn- und Kulturprojekt endgültig zu Grabe tragen. Nachdem 1997 die Hausnummer 11 besetzt wurde, hat sich in den vier Häusern und dem weitläufigen Hof eine in Basel einzigartige Durchmischung von Menschen und Nutzungen entwickelt. Die das Areal besitzende Stiftung Habitat hat nun den Sieg in der langjährigen Auseinandersetzung davongetragen. Rückblickend haben die BenutzerInnen seit dem Kauf der Parzelle durch die Stiftung zum überhöhten Preis von 6,5 Millionen Franken keine Chance gehabt, ihr Verbleiben auf dem Areal zu sichern. Der hohe Kaufpreis macht aus Renditegründen einen Neubau unumgänglich. Das Vertrauen zur Habitat war von Anfang an zerstört – diese wurde vor der Veräusserung durch die Migros von den NutzerInnen als mögliche Partnerin für einen selber geplanten Kauf angefragt.

Die vorherige Besitzerin Migros war wegen des geplanten Einkaufszentrums und ihrer Präsenz in der Öffentlichkeit die geeignetere Gegenspielerin. Dagegen konnte argumentiert und auf historische Erfahrungen zurückgegriffen werden. Die «soziale» Stiftung Habitat aber war nicht fassbar. Die BefürworterInnen des Erhalts des Geländes waren nicht in der Lage, ihre Kritik am Vorgehen der Stiftung und deren Planung genügend breit zu verankern.

Die Stiftung Habitat ist eng mit den Strukturen des sozialdemokratischen Basel verbunden und kann auf viel Geld zurückgreifen. Der ehemalige Stiftungsrat Andreas Maier war Vertrauensanwalt des Basler MieterInnenverbandes, bis ihm im Laufe der Auseinandersetzung der Posten entzogen wurde. Ständerätin Anita Fetz stellt ihren Namen für das Patronatskomitee des

Projekts P455 zur Verfügung. Und der grösste Batzen des Stiftungsgeldes wird von der Roche-Erbin mit sozialem Gewissen eingeschossen, der Stiftungsrätin Beatrice Oeri.

Die Projektabsichten der Habitat und ihr Stiftungszweck versprechen sozialen Wohnungsbau. Nur: Warum wird das Neubauprojekt auf einer Parzelle verwirklicht, auf der schon eine Nutzung existiert, auf die dieselben Zielsetzungen zutreffen? Ein unbewusstes Überbleibsel aus der Jugend der StiftungsvertreterInnen? Ist es Punkattitüde – zuerst kaputt machen, damit Neues entsteht? Oder geht es darum, sich ein soziales Denkmal an bester Lage zu bauen? Dazu hat die Habitat nicht Stellung bezogen. Der geplante Neubau wird seiner Ausgestaltung wegen auch von Baufachleuten kritisiert. So meinte Ruedi Bachmann, langjähriger Quartieraktivist und anerkannter Stadtentwicklungsexperte in Basel: «Das Projekt P455 und die Argumentation mit dem Pilotprojekt schreien zum Himmel.» Das Projekt sei von Anfang an auf einen Neubau orientiert gewesen, dessen in Erscheinung tretende Nutzflächen um 43 Prozent voluminöser würden als bei dem zu Recht aufgegebenen Migrosprojekt. «P455 ist ein Widerspruch zu den kommunizierten kantonalen Stadtentwicklungsvorgaben», erklärte Bachmann weiter. «In so dicht überbauten Quartieren die Nutzung noch zu erhöhen, ist absurd.» Bachmann redet auch von dem Beziehungskonglomerat Basel, in dem solche Fehlentwicklungen möglich sind. Andere sagen dazu Kleinstadtiliz.

Es fällt auf, dass die Auseinandersetzung um das Gelände zu einem grossen Teil einen innerlinken Konflikt widerspiegelt hat. Es ging auch um die Bedeutung von Wörtern und um verschiedene Verständnisse von Stadtentwicklung. Was bedeutet «nachhaltig», was ist «quartierverträglich» und was heisst «sozialverträglich»? Damit ist der verlorene Kampf für die Erhaltung der Elsie stellvertretend für die Situation der Linken heute: Die Auseinandersetzung wird gegen die Reihen der sozialtechnokratischen Gesellschaftsverwalter und ihre Begriffsnetzungen geführt.

ABSCHIEDSFESTLICHKEITEN SIEHE SEITE 6.

Genweizen geerntet

sdr. Das ETH-Freilandexperiment mit transgenem Weizen ist zu Ende. Und nächstes Jahr kommt die Gentechfrei-Initiative zu Abstimmung. Hat die Schweiz seit dem Aufheben des EU-Moratoriums überhaupt noch eine Chance, gentechnikfrei zu bleiben?

Am 14. Juli hat die ETH den im März ausgesäten genmanipuliertem Weizen in Lindau (ZH) geerntet. Damit ist das stark bekämpfte Freisetzungsexperiment zu Ende.

Wie geht es aber weiter? Am 6. Juni hatten rund tausend Bauern aus der ganzen Schweiz beim Versuchsgelände gegen Gentechnik in der Schweizer Landwirtschaft protestiert. In einem Appell forderten sie Landwirtschaftsminister Joseph Deiss auf, sich für ein Einfuhrverbot von gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln, für ein Fütterungsverbot solcher Nahrungsmittel an Nutztiere und für eine ökologische und sozialverträgliche Landwirtschaft einzusetzen.

Nächstes Jahr kommt die Gentechfrei-Initiative zur Abstimmung. Bei einer Annahme bliebe die Schweizerische Landwirtschaft während fünf Jahren gentechnikfrei. Die Frage ist, ob die Schweiz überhaupt eine Chance hätte, gentechnikfrei zu bleiben. Zwar werden bei unseren EU-Nachbarn Gentechpflanzen auch erst versuchsweise angebaut. Eine Ausnahme ist Spanien, wo auf einer Fläche von 32000 Hektaren genmanipulierter Mais kommerziell produziert wird. Doch das EU-Moratorium, das seit 1998 eine Neuzulassung von Gentechpflanzen verhinderte, ist im Mai 2004 aufgehoben worden.

Freilandversuche mit transgenem Weizen sind in Deutschland erfreulicherweise gescheitert. Im Jahr 2003 konnte das Agrochemieunternehmen Syngenta einen Genweizen-Versuch in Thüringen nicht durch-

führen, weil Greenpeace durch das Aussäen von Öko-Weizen das Feld unbrauchbar gemacht hatte. Der gleiche Konzern startete dieses Jahr einen zweiten Versuch, um den Widerstand gegen die Gentechnik zu brechen: Anfang April säte er unter Polizeischutz genmanipulierten Weizen in Sachsen aus. Doch auch diesmal hatte Greenpeace bereits zwei Wochen zuvor mehrere Tonnen Bio-Weizen auf dem Versuchsfeld ausgesät. Und einen Monat später meldete das Unternehmen, sein Versuch stehe vor dem Aus, weil Unbekannte einen Teil der Pflanzen aus dem Boden gerissen hätten.

Das neue deutsche Gentechnikgesetz sieht für Landwirte, die gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen, eine strenge Haftung vor. Sie müssen für die Verunreinigung benachbarter konventionell oder ökologisch bebauter Felder bezahlen. Lässt sich die Schuldfrage nicht eindeutig klären, weil mehrere Verursacher in Frage kommen, haften alle Gen-Bauern der näheren Umgebung. Andererseits subventioniert Deutschland Forschungen im Bereich der Gentechnologie bis 2008 mit mehr als hundert Millionen Euro. Das schweizerische Patentgesetz, welches die Haftungsfrage regelt, befindet sich bis zum 31. Oktober 2004 in Vernehmlassung.

Der nächste Vorwärts erscheint am 6. August.

«Die Irakis werden dafür sorgen, dass die Amis gehen»

Thomas Schmidinger. Abu Tara ist Mitglied des ZKs und des Politbüros der Kommunistischen Partei Kurdistans (KCP), die Anfang der 1990er Jahre aus der Irakischen Kommunistischen Partei (ICP) hervorging und weiterhin eng mit dieser zusammenarbeitet. Ein Gespräch mit Abu Tara in Sulemanja.



Wie sieht die Kommunistische Partei Kurdistans den Terror im Irak? Wie soll ihm begegnet werden?

Wie die Mehrheit der irakischen Parteien sind wir der Meinung, dass die terroristischen Aktivitäten die Überbleibsel des Regimes darstellen, die finanziert durch die Nachbarstaaten gemeinsam mit den islamistischen Gruppen versuchen, eine demokratische Entwicklung des Irak zu verhindern. Dieser Terrorismus ist ein weltweites Phänomen und nicht nur ein Problem der Irakis. Er ist eine reaktionäre Antwort auf den Weltkapitalismus und die Entwicklung der Menschheit.

Es sind letztlich die Folgen des faschistischen Ba'th-Regimes, die die Basis für die aktuellen Terroranschläge gegen die irakische Gesellschaft legten. Es werden ja im Irak nicht nur amerikanische oder britische Soldaten getötet. Nein, der Terrorismus richtet sich auch gegen Irakis. Der Grossteil der Opfer besteht aus unschuldigen ZivilistInnen. Dieser Terrorismus kämpft nicht um Freiheit und Demokratie, sondern genau gegen diese Werte. Nach 35 Jahren Gewaltherrschaft wollten diese Gruppen immer noch nicht die irakische Bevölkerung in Frieden lassen. Dabei erreichen die Terroristen das Gegenteil von dem, was sie angeblich wollen: Mit ihren Anschlägen geben sie den US-Truppen nur die Chance, länger im Irak zu bleiben.

Als KommunistInnen sollten wir gegen Diktatur und Unterdrückung kämpfen und nicht, wie dies beim jüngsten Irakkrieg in Europa geschehen ist, ausschließlich gegen den Krieg eintreten. Das Problem hier sind nicht nur die Amerikaner. Die USA, aber auch Europa und einige osteuropäische Staaten halfen der irakischen Regierung, sich zu dieser Diktatur zu entwickeln und an der Macht zu bleiben. Wir bezahlen nun den Preis dafür. Ich frage mich, warum in Europa keine Demonstrationen stattfanden, als in Halabja 5000 Menschen durch chemische Waffen ermordet wurden. Warum wurde nicht gegen die Zerstörung ganzer Städte demonstriert oder gegen die Ermordung von 182000 Kurden in der Anfal-Kampagne? In Europa hat niemand die Stimme gegen diese Verbrechen erhoben.

Wie sehen Sie dabei die Rolle der Linken in Europa?

Viele Linke, kommunistische Parteien und SozialdemokratInnen haben leider bis zuletzt zum Ba'th-Regime gehalten. Die Linke sollte besser die Bevölkerung konkret unterstützen, als Geld für Terroristen zu sammeln, wie dies von einigen Gruppen betrieben wird. Diese Linken haben ein völlig falsches Bild von der Situation im Irak. Die Irakis werden selbst dafür sorgen, dass die Amerikaner den Irak wieder verlassen.

Sehen Sie Anzeichen, dass die irakische Regierung, in der ja auch Kommunisten vertreten sind, seit der Übergabe der Souveränität die Situation besser unter Kontrolle bekommt als bisher?

Die neue irakische Regierung und die Souveränität sind einen grossen Schritt vorwärts gekommen. Wir haben Vertrauen in die neue irakische Regierung, dass sie etwas unternehmen kann. Allerdings steht der Irak unter Druck durch die Nachbarstaaten, insbesondere der Türkei, Syrien, Saudi-Arabien und dem Iran, sowie der USA als Besatzungsmacht. Es liegt deshalb nicht nur an uns Irakis. Allerdings sehen wir optimistisch in die Zukunft und hoffen die derzeitige Situation unter Kontrolle zu bekommen. Wir tun unser bestes, die Periode US-amerikanischer Präsenz im Irak so kurz wie möglich zu halten. Seit die irakische Regierung selbst die Kontrolle ausübt wurden mehr Terroristen gefangen als zuvor.

Hätten irakische Sicherheitskräfte dann nicht schon früher verstärkt eingebunden werden sollen?

Ja, die jetzige Situation ist eine Folge der falschen Politik der Koalitionstruppen, die die Irakis zu wenig in den Kampf gegen den Terror eingebunden haben.

In der irakischen Regierung sind nun eine Reihe ehemaliger Ba'thisten vertreten. Allawi selbst war in den 1970er und 1980er Jahren Ba'thist. Fürchten Sie nicht, dass durch die Hintertür die alten Ba'thisten wieder an die Macht kommen könnten?

Wir sind nicht mit der Rückkehr der alten Ba'thisten einverstanden. Wir haben zur Zeit zwei Schwerpunkte in unserer Arbeit: Der eine ist der Kampf gegen den Terrorismus, der andere der Kampf gegen die Rückkehr alter Ba'thisten in Machtpositionen im neuen Irak. Dabei muss man aber auch genau anschauen, wer sich in der Ba'thpartei wirklich was zu Schulden hat kommen lassen. Wer waren die Folterer und Mörder? Iyad Allawi wurde in einer speziell schwierigen Situation zum Ministerpräsidenten ernannt. In einem anderen Fall hätte er nie eine Führungsposition erhalten können. In dieser schwierigen Situation unterstützen wir ihn allerdings in seiner Arbeit bis zu freien Wahlen, aus denen eine neue irakische Führung hervorgehen wird. Allerdings gibt es eine ganze Reihe von Massnahmen der neuen Regierung, mit denen wir nicht einverstanden sind und wir arbeiten daran diese zu verändern. Dabei ist es jedoch wichtig festzuhalten, dass dies eine Übergangsregierung ist, die freie Wahlen vorbereiten soll. Diese Regierung basiert damit auf einer zeitlich befristeten Zusammenarbeit aller wichtigen irakischen politischen Kräfte, die nur bis zu freien Wahlen andauern wird. Für diese Wahlen brauchen wir auch die Hilfe der europäischen Linken. Die Rechte in Europa will nicht, dass die KommunistInnen und MarxistInnen die Macht im Irak übernehmen.

Wie zufrieden sind Sie mit dem Prozess gegen Saddam Hussein und wie wünschen Sie sich, dass die ba'thistischen Verbrecher behandelt werden sollen?

Die Festnahme Saddam Husseins war ein Fest für alle Irakis und ganz besonders für die irakischen KommunistInnen. Dass Saddam Hussein nicht wie Hitler und Mussolini endete, sondern sich vor einem ordentlichen Gericht für seine Taten verantworten muss, ist eine grosse Freude für seine Opfer. Trotz all seiner Verbrechen wünschen wir uns einen fairen Prozess, in dem er sich für alle seine Verbrechen verantworten muss. Das unabhängige Gericht, vor dem dieser Prozess stattfindet, wird dann entscheiden, was mit ihm geschehen soll.

Könnte er hingerichtet werden?

Wir kennen die Position der europäischen Staaten gegenüber einer möglichen Todesstrafe für Saddam Hussein, aber wir kennen die Situation hier besser und wir sind die Opfer dieser Diktatur. Deshalb sind wir hier anderer Meinung. Wir sind auch nicht der Meinung, dass nur 55 Ba'thisten wirkliche Kriminelle waren, die bestraft werden sollten. Wir wissen, wer in diesen 35 Jahren ba'thistischer Diktatur Verbrechen begangen hat und wer bestraft werden soll.

Du bist nicht im Altersheim versauert

Jochi Weil. Zum 80. Geburtstag des Mediziners und Internationalisten Rio Spirgi. Ein Brief.

Lieber Rio Spirgi, viele Jahre sind ins Land gezogen, in denen wir keinen Kontakt mehr miteinander hatten. Am 25. Juli 2004 sandtest du Anjuska, meiner Frau, einen ganzen Packen mit Materialien im Zusammenhang mit ihrer Frage nach deinen Unterlagen von damals zum Einsatz von Agent Orange/Dioxin mit den bis heute noch für viele Menschen verheerenden Folgen, vor allem in Vietnam.

In deinem Antwortbrief an sie, der viele Themen anspricht, brachtest du zum Ausdruck, dass du gegen die antisemitische Pandemie, gegen die Banalität von Terrorismus und Antisemitismus – in Anlehnung an Hannah Arendt – anzukämpfen versuchst. Bevor ich nun die zentrale Aussage darüber in deinem Brief zitiere, erinnere ich mich an Folgendes.

1983 reistest du im Auftrag der damaligen Centrale Sanitaire Suisse CSS, Regionalsektion deutschsprachige Schweiz – heute medico international schweiz – nach Nicaragua, wo du engagiert dein fachliches Wissen und Können als Trainer für Erste Hilfe und Reanimation an Compas der SandinistInnen vermittelt hast. Ich kenne keinen Menschen, der in seinem Leben als Arzt, lange Zeit davon als Chirurg, an so vielen Brennpunkten von Befreiungsbewegungen tätig war wie du: 1960 und 1962 im Congo, deine erste IKRK/UNO-Mission als Chirurg, im blutigen Bürgerkrieg nach der Unabhängigkeit, als Patrice Lumumba 1961 ermordet wurde. 1963 im Jemen (IKRK), 1966 im Vietnamkrieg (SRK/IKRK), 1968 im Biafra-Konflikt in Nigeria (IKRK), 1970 während des «schwarzen Septembers» in Jordanien (IKRK), 1971 in Bangladesh (IKRK), 1973 während Pinochets Putsch und im faschistischen Regime in Chile (IKRK) und gleich anschliessend während des Oktoberkriegs in Israel und Ägypten (IKRK), 1974 in Kambodscha (WHO) und Zypern (IKRK), 1975 während der Anti-Pocken-Kampagne erneut in Bangladesh (WHO), 1975-1983 mit Unterbrüchen im Libanon, in Syrien und Israel (IKRK und Palästinensischer Roter Halbmond), 1976 in Angola (IKRK), 1979 nach dem Pol-Pot-Massaker in Kambodscha (OXFAM), 1980 in der Türkei (Unicef, Primary Health Care), 1983-1988 in Nicaragua (CSS/MINSA) – seit 1985 zusammen mit deiner Lebenspartnerin –, 1991 bis 1994 in Guatemala (URNG), El Salvador (FMLN), Kolumbien (ELN), in Mexiko und in der Dominikanischen Republik für lokale NGOs, 1993 bis 1997 in ganz Kuba (Instituto Superior de Ciencias Médicas) und seit 1999 in Brasilien für eine NGO, die sich für Basis-Entwicklung, ökologische Landwirtschaft und eine demokratische Agrarreform einsetzt, zusammen mit dem revolutionären «Movimento sem Terra» (MST), mit dem auch Lula Probleme habe. Welche Einsatzgebiete habe ich wohl nicht aufgezählt? Zu Recht sagtest du mir kürzlich, dass immer wieder Dinge weggelassen, nicht erwähnt werden. Dadurch entsteht Geschichtsklitterung.

Am 12. September 2004, am Tag deines 80. Geburtstags, reist ihr wie-

der nach Brasilien, wo du aufgewachsen bist und weshalb dir deine Freunde wohl den Vornamen Rio gaben. Obwohl wir lange Zeit keinen Kontakt mehr miteinander hatten, freue ich mich über die Zeichen von dir. Visionen von dir sind all die Jahre in mir lebendig geblieben, vor allem die «Erb-schaft» der paradoxen Hoffnung, ein Begriff, der eigentlich von Erich Fromm stammt, wie du zu Recht erwähntest. Doch für mich warst du der Übermittler dieser Botschaft, die wunderbar zu dir passt und wohl auch zu mir. Am Telefon sagtest du mir kürzlich, du habest den eigentlichen Durchbruch deiner Hoffnungen nie wirklich erlebt und sprachst von der Dunkelheit des Tunnels, in dem du dich wohl nicht selten befindest.

Doch du bist Arzt, Genosse, Visionär. Das zieht sich durch dein Leben hindurch, den vielen Widerwärtigkeiten zum Trotz. Danke, lieber Rio.

Du bist ein Freund der PalästinenserInnen und deren Unabhängigkeitskämpfs. In den Siebzigerjahren engagierst du dich als Mitarbeiter von Fathi Arafat, dem Präsidenten des Palästinensischen Roten Halbmondes, im Libanon beim Aufbau des dortigen Gesundheitswesens. An einen Vortrag in Zürich vor über zwanzig Jahren vermag ich mich vage zu erinnern. Du zeigst und kommentierst Diapositive über die Arbeit in Operationssälen, in Beirut glaube ich. Viel Blut von Verletzten war zu sehen, was mich schockierte.

Und nun werden in deinen Zeilen Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus spürbar. Da heisst es doch im Kern, übersetzt aus dem Baseldeutschen, zum Beispiel: «Die ideologische Verbindung zwischen dem europäischen Antisemitismus und dem islamisch-arabischen sind evident! Habe das – de facto – miterlebt! Wenn wir gegen den arabischen Terrorismus revoltieren – das ist unsere erste moralische Pflicht – dann machen wir das am Besten, indem wir zuerst oder gleichzeitig den europäischen Antisemitismus bekämpfen. Die arabischen Antisemiten werden von den europäischen angefacht und vice versa – une fascisation réciproque!»

Wenn ein so lebenserfahrener Genosse dies sagt, nehme ich das ernst. Dies auch deshalb, weil wohl nur wenige Menschen Quervergleiche mit Befreiungskämpfen andernorts machen können und du hier nicht in einem Altersheim versauerst, sondern in Bälde wieder beim MST in Brasilien engagiert sein wirst. Ich unterstelle dir auch, dass du nach wie vor für die Unabhängigkeit von PalästinenserInnen einsteht. Bin dir dankbar dafür, dass du durch deine gewichtige Aussage auch Solidarität mit uns Juden und Jüdinnen bekundest.

Wie dir gegenüber am Telefon zum Ausdruck gebracht, könnte ein umfangreiches Buch über dich, dein Leben und deine Arbeit geschrieben werden.

Doch nun möchte ich dir alles Gute zu deinem Achtzigsten wünschen, Gesundheit und weiterhin Kräfte für deine Arbeit an universalistischen Träumen.



Ausbürger- gern

Kaum ein Trost blieb am Sonntag Abend: Die Einbürgerungsvorlagen wurden auf eine Weise niedergeschmettert, wie es nur eine unsolidarische, verunsicherte und auf Besitzstandswahrung bedachte Gesellschaft tun kann. Eine Ultra-Light-Version der Mutter-schaftsversicherung kam zwar durch. Jedoch hinterlässt auch sie einen schalen Geschmack – hat die Vorlage doch kaum noch etwas mit den ursprünglichen Forderungen zu tun. Beinahe wäre die Poststelleninitiative angenommen worden. Allerdings vor dem Hintergrund einer merkwürdigen kulturalistischen Argumentation, von der sich Linke nur distanzieren können. Einmal mehr hat sich auch gezeigt, wie auf fragwürdige Weise Politik gemacht wird. Nicht, dass das neu wäre. Aber vielleicht breiter diskutiert als bisher. Nicht, dass die Schuld für die beschämenden Abstimmungsergebnisse gänzlich der faktenverdrehenden, rassistischen Propaganda der Rechten zuzuschreiben wäre, die dazu beitrug, dass viele Menschen über etwas anderes abstimmten als über die Vorlage. Die Verantwortung liegt auch nicht nur bei den Medien, die mit Schlagzeilen im Vorfeld die Stimmung für ein Nein vorbereitet hatten und die an rassistischer Werbung viel Geld verdienen.

Trotzdem kam am Sonntag Abend Lust auf, von einer Ausbürgerung all jener Kantone zu träumen, die den höchsten Nein-Anteil aufwiesen. Von einem Geschenk an Österreich zum Beispiel.

YVONNE ZIMMERMANN

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft Vorwärts,
PdAS und ihre Deutschschweizer
Sektionen. Postfach 2469, 8026
Zürich. PC: 40-19855-7. Jahresabo:
160.–, reduziert (AHV, Stud.) 110.–

REDAKTION:
Vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich,
Telefon 01 241 66 77, Fax 01 242 08 58
e-mail: redaktion@vorwaerts.ch
Walter Angst (wa), Susanne Bach-
mann (sub), Matthias Hauser (mh),
Sandra Nicolodi (san), Reto Plattner
(rtp), Siro Torresan (sit), Yvonne Zim-
mermann (yz).

BÜRO BASEL:
Reto Plattner (rtp), Tel 061 691 51 67,
r.plattner@vorwaerts.ch

BÜRO BERN:
Vorwärts, Postfach 8701, 3001 Bern.
Tel 031 331 88 52,
s.bachmann@vorwaerts.ch, y.zim-
mermann@vorwaerts.ch

ABONNEMENTE:
administration@vorwaerts.ch

DRUCK:
Coopérative d'Imprimerie, Genf

Diffamierter Widerstand

ZUM INTERVIEW MIT ABU TARA (VOR-
WARTS VOM 10. SEPTEMBER 2004)

Abu Tara ist Mitglied des ZK und des Politbüros der KCP. Wenn wir diese Tatsachen beiseite lassen, kommen wir zu dem verheerenden Schluss, dass alles was er sagt, ebenso gut auch aus dem Pentagon oder aus London gesagt werden könnte. Die Gründe für die desolante Lage des Irak ortet Tara nicht in dem nun mehr über zehn Jahre andauernden Vernichtungskrieg gegen das irakische Volk, sondern im «Terror der Überbleibsel des Ba'ath Regimes». Das würden Bush und Konsorten vollumfänglich unterschreiben! Auch in anderen Belangen deckt sich die Sicht des ZK-Mannes mit jener der imperialistischen Aggressoren, die er beschönigend «Koalitionstruppen» nennt. Der «Kampf gegen den Terror» sei ein weltweiter Kampf und beschränke sich nicht auf den Irak, findet Tara und auch da befindet er sich in einem Boot mit Washington und London. Nur dürfte mensch erwarten, dass es mittlerweile auch ins ZK der KCP durchgedrungen ist, dass dieser von den USA und ihren Vasallen inszeniert und losgetreten wurde, um überall gegen jene losschlagen zu können, welche die Machtgüste der USA nicht befriedigen wollen.

In der Tat, eine angenehme Schlagzeile und darüber hinaus eine Wahrheit: «Die Irakis werden dafür sorgen, dass die Amis gehen.» Jedoch sicher nicht in dem Sinn, den Tara sich wünscht, aber die Selbstbestimmung erkämpft sich das irakische Volk schon heute tagtäglich unter unsäglichen Opfern. Diesen Kampf wenigstens zu würdigen, statt ihn als «Terror» zu diffamieren wäre ein solidarischer und anti imperialistischer Akt. Aber es kommt noch dicker: «Mit ihren Anschlägen geben sie (gemeint sind die Widerstandskämpfer) den US-Truppen nur die Chance, länger im Irak zu bleiben.» So blauäugig kann im Ernst niemand sein! Ohne den entschlossenen Widerstand des irakischen Volkes würden sich die Imperialisten auf unabsehbare Zeit im Irak festsetzen. Vor diesem Hintergrund waren «Kein Krieg» und «Besatzer raus» die richtigen Parolen, die Hetze gegen angebliche «Terroristen» des irakischen Widerstands dürfen wir wohl getrost den US-amerikanischen Medien und deren Ablegern überlassen.

GEKÜRZTER LESERBRIEF VON MAR-
KUS HEIZMANN, ARLESHEIM

Aktionen & Demos

Anti-Rassismus. Bern. Nach dem Abstimmungssonntag rufen die Junge Alternative (JA!) und weitere Organisationen zur gesamtschweizerischen Demo gegen Rassismus auf. Infos: www.jungealternative.ch.

SAMSTAG 2. OKTOBER, 14.30 UHR,
WAISENHAUSPLATZ.

INSERAT

Am Samstagabend 4. Dezember ab
17.30 Uhr und am Sonntag,
5. Dezember 2004 von 11 bis 21
Uhr ist im GZ Riesbach
Seefeldstrasse 93, 8008 Zürich

basar
der PdA Zürich

mit einem Apéro und der Paella de
Solidaridad zum Auftakt, einem
feinen Brunch am nächsten
Morgen, und der Kaffeestube, mit
dem Schwerpunkt 60 Jahre
PdA und den Genossinnen und Ge-
nossen der Gründerzeit, mit
verlockenden Verkaufsständen und
manch anderem mehr. Wer
mehr wissen möchte erfährt dies in
den nächsten Wochen im Vorwärts

Kein Kampf im Druck

wa. Die DruckerInnen lassen die JournalistInnen im Regen stehen. Die Verhandlungsdelegation der Gewerkschaft comedia schlägt den Delegierten vor, den mit der Viscom ausgehandelten Druck-GAV am 9. Oktober anzunehmen.

Keine Realloohnerhöhung, kein besserer Kündigungsschutz, keine erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Gesamtarbeitsvertrags: Die Gewerkschaft comedia, die im Frühsommer mit kämpferischen Tönen und einem Muskelspiel in die Verhandlungen um einen neuen Gesamtarbeitsvertrag eingestiegen ist, muss bös zurückkriechen. Am 1. Juli ist der alte GAV ausgelaufen. In einer Urabstimmung hat die Basis ein klares Signal für Kampfmassnahmen gegeben. Trotzdem schlägt die Gewerkschaftsführung nun den geordneten Rückzug vor.

Was ist geschehen? In der Verhandlungsrunde vom 14. September war der Unternehmerverband Viscom bereit, die von Hans-Peter Lebrument vorgelegten radikalen Abbauvorschläge zurückzunehmen. Die comedia konnte eine Erhöhung der Minimallöhne bis 2008 von 3000 auf 3300 Franken durchsetzen. Finanzielle Zugeständnisse musste sie bei den Versicherungsprämien für die Krankentaggeldversicherung machen. Der nun ausgehandelte neue GAV bringt eine gewerkschaftliche Nullrunde. Das sei mehr als nichts, sagen die Deutschschweizer comedia-Sekretäre. Die Basis wolle Sicherheit. Und die Gewerkschaft braucht den neuen GAV, um die Basis nicht zu verlieren, ist dem hinzuzufügen.

Nicht alle sehen das so. In der Westschweiz haben Mitglieder des «Mouvement pour le Socialisme» eine starke Stellung in der comedia. Die aus einer Spaltung von «solidarité» hervorgegangene Gruppe setzt auf

eine kämpferische Politik – und kritisiert den Verzicht auf Kampfmassnahmen, für die man ein Mandat der Basis habe. Ein Röschtigraben der besonderen Art: Diesseits der Saane sitzen GenossInnen aus der alten SAP, die vehement die gegenteilige Position vertreten. Hans-Peter Graf, Sekretär der comedia in Zürich, wirft den Westschweizer KollegInnen in der Gewerkschaftszeitung «work» vor, «eine abenteuerliche Politik» zu betreiben und «die Glaubwürdigkeit der comedia» aufs Spiel zu setzen. Ein seit längerem schwelender Konflikt dringt in diesen Worten an die Oberfläche. Vor einem Jahr hatte die comedia-interne Linksopposition das Vorgehen der Gewerkschaft beim Allpack-Streik in Liestal massiv kritisiert.

Unpassend kommt die Entwicklung beim Druck-GAV auch für die JournalistInnen, die auf gemeinsame Mobilisierungen von DruckerInnen und Journis für ihre jeweiligen GAVs gehofft haben. Am 28. September haben die JournalistInnen einen Aktionstag für die Wiederaufnahme der GAV-Verhandlungen durchgeführt. Der Verlegerkongress hat am 16. September beschlossen, dass es keinen Presse-GAV für die ganze Branche mehr geben soll. Einen Tag danach haben die Verleger den Beschluss relativiert: Für einen «modernen GAV» sei man nach wie vor offen. «Im Klartext heisst das nichts Neues: Einen GAV gibt es nur, wenn Medienschaffende auf geregelte Mindestlöhne und Freien-Honorare verzichten», schreibt die Zürcher comedia-Sekretärin Tina Hoffmann.

Florian für die AL im Rat

wa. Mit 4,8 Prozent hat die neugegründete Alternative Liste Schaffhausen bei den Kantonsratswahlen auf Anhieb besser abgeschnitten als die CVP.

Pech nur, dass drei Stimmen gefehlt haben. Sonst hätte die AL Schaffhausen neben Florian Keller noch einen zweiten Sitz im Schaffhauser Kantonsrat besetzen können. Florian Keller studiert in Bern Geschichte, Politikologie und Volkswirtschaft und begleitet als Hilfswerkvertreter des Schweizerischen ArbeiterInnenhilfswerks Flüchtlinge im Asylverfahren. Mit 18 ist er in die SP eingetreten. Mit 20 war er einer der Gründer der Schaffhauser AL, für die er im gleichen Jahr für den Ständerat kandidierte. Jetzt zieht er als jüngstes Mitglied in den Grosse Rat des Kantons Schaffhausen ein.

Die AL Schaffhausen, die nur in der Stadt eine Liste für die Kantonsratswahl eingereicht hat, ist die eigentliche Überraschung des Schaffhauser Wahlgangs. Sie ist nach der SP, der SVP, der FDP und der ökoliberalen ÖBS mit 535 WählerInnen in der Stadt die fünfstärkste Partei. Sie hat doppelt so viele WählerInnen mobilisieren können wie das Grüne Bündnis vor vier Jahren, dessen letzte Kantonsrätin Ursula Leu jetzt auf der SP-Liste wiedergewählt worden ist. Sie hat der SP dank einer Listenverbindung zu einem weiteren Sitzgewinn verholfen. Sie ist die einzige Gruppierung, die im Wahlkreis Schaffhausen mit seinen 37 Sitzen nur ihre fünf SpitzenkandidatInnen kumulieren musste. Und sie hat sich damit eine ideale Ausgangsposition für die Ende November stattfindenden Wahlen in das



Florian Keller

sechzigköpfige Stadtparlament verschafft. Sechs Prozent der WählerInnenstimmen wollen die «Jungalalternativen», wie sie wegen ihres jugendlichen Durchschnittsalters vom Schweizer Fernsehen genannt wurden, beim nächsten Mal erreichen. Und damit mit einer Dreiergruppe in die städtische Politik einsteigen.

Und wie sieht Florian Keller seine parlamentarische Zukunft? Als erstes sind Gespräche mit der SP angesagt. Ein Fraktionsbeitritt komme für ihn aber nur in Frage, wenn die SozialdemokratInnen ihm bei abweichenden Meinungen

keinen Maulkorb anlegen wollen. Und welche Geschäfte interessieren den Neuen: Es drängt ihn in die Kommissionen, die sich mit den städtischen Werken beschäftigen. Vorschläge zur Privatisierung der Werke liegen in Schaffhausen auf dem Tisch.

WWW.AL-SH.CH

SG: Kein Sitz

Benjamin Altwegg/Michi Nef. Kälter als die meteorologischen Bedingungen zeigten sich am Wahl- und Abstimmungswochenende die politischen Verhältnisse in der Ostschweiz. Zwar wurde die in St. Galler AL/PdA-Kreisen am heftigsten diskutierte nationale Vorlage gutgeheissen. Doch das war es dann. Neben dem Scheitern der drei übrigen gesamtschweizerischen Vorlagen fand das kantonale Referendum gegen die Kürzung der Ausserordentlichen Ergänzungsleistungen lediglich von etwas über vierzig Prozent der Stimmenden Unterstützung. Das Referendum gegen den Beschluss des Kantonsrats ist von der PdA mitunterstützt worden.

Unerfreulich bleibt auch das erste Antreten einer AL/PdA-Liste zur Wahl ins St. Galler Stadtparlament. Die Liste kam auf einen Stimmenanteil von einem Prozent, was für keinen der 16 Kandidierenden in den Gemeinderat reichte. Die kommende Legislaturperiode bleibt somit zur Fortsetzung der Aufbauarbeit. Gelingt dies in den kommenden Jahren, so dürfte nächstes Mal mehr drin liegen.

Bei den Wahlen in die Exekutive von Oberburg im Kanton Bern hat das bekannte PdA-Mitglied Martin Schwander auf der SP-Liste mit 567 Stimmen das beste Resultat erzielt. Schwander amtierte bisher als Gemeindepräsident von Oberburg – das Amt gibt es künftig nicht mehr.

Häusliche Gewalt: Mit Opferhilfe gegen Bürgerrechte

wa. Es wird über den Schutz der Opfer von häuslicher Gewalt gesprochen. Gleichzeitig wird ein neuer Haftgrund eingeführt und ein Gewahrsamsparagraf diskutiert. Die Gewaltschutzdebatte läuft aus dem Ruder.



So wirbt die Polizei um Sympathie. Logo der Gewaltschutzkampagne des Instituts für Verbrechensbekämpfung.

Die warnenden Stimmen der ParlamentarierInnen des Grünen Bündnisses fanden am 14. September im Berner Kantonsrat keine Resonanz. Man solle die neuen Kompetenzen und Zugriffsmöglichkeiten der Polizei doch bitte auf das direkte häusliche Umfeld begrenzen, argumentierten die VertreterInnen der linken Grünen in der Debatte um die Änderung des Polizeigesetzes. Der «Gewahrsam» dürfe nicht über die Opferdebatte in die polizeiliche Alltagsarbeit eingeführt werden. Der Rat schmetterte diese Einwände jedoch sang- und klanglos ab.

Am 14. September hat der Berner Kantonsrat den berüchtigten Wegweisungsparagrafen des Berner Polizeigesetzes mit einem Paket von Massnahmen zum Schutz der Opfer von häuslicher Gewalt ergänzt. Die neuen Bestimmungen sollen es der Polizei erlauben, schlagende Männer aus ihren eigenen Wohnungen zu entfernen. Es geht um das Recht der Polizeiorgane, die geheiligte Privatsphäre zu durchbrechen. Man will, dass die Opfer häuslicher Gewalt, welche zu neunzig Prozent weiblichen Geschlechts sind, künftig nicht mehr in Frauenhäuser flüchten müssen.

Vertreterinnen von Notteltelefonen und Frauenhäusern lobbyieren seit langem für den Schutz der Frauen. Sie hatten damit Erfolg. Heute haben viele Polizeikorps spezielle Dienste, die zum Einsatz kommen, wenn Ehefrauen um Hilfe rufen. Und auf der Homepage der polizeilichen «Koordinationsstelle für Verbrechensbekämpfung» hat die «häusliche Gewalt» die «Drogenkriminalität» oder den «Einbruch» von der Topliste der Verbrechen verdrängt.

Neue Macht für die Polizei

Auch der Gesetzgeber ist aktiv geworden. Im Nationalrat steht ein neuer Artikel 28b des Zivilgesetzbuches zur Diskussion, der die in einem gemeinsamen Haushalt lebenden Personen vor gewalttätigen Übergriffen schützen soll. Auf Antrag des Opfers soll der Richter dem Täter verbieten können, sich dem Opfer wieder zu nähern oder es anderweitig zu belästigen.

Weit tiefer gehen die Interventionsmittel, die in den Kantonen zur Diskussion stehen oder bereits eingeführt worden sind. Weil Gefahr im Verzug ist, soll die Polizei auch ohne richterliche Prüfung handeln dürfen. Sie soll den Tätern ein Hausverbot erteilen und sie bei Bedarf auch in Gewahrsam nehmen können.

Pionierin dieser kantonalen Gesetzgebung ist die St. Galler Justiz- und Polizeidirektorin Karin Keller-Sutter. Die FDP-Frau ist als Sekundantin des Herrn Christoph Blocher aufgefallen. Gemeinsam mit ihm hat sie in diesem Frühling für harte Massnahmen im Asylbe-

reich plädiert. Zwei Jahre zuvor war sie die Promotorin der Artikel 40 bis 43 des St. Galler Polizeigesetzes. Die «Wegweisung» und das «Rückkehrverbot» beschränkt das St. Galler Polizeigesetz getreu der Zielsetzung auf die häusliche Gewalt. Als Rayon, den die Männer nicht mehr betreten dürfen, kommt deshalb nur die Wohnung des Täters und ihr Umfeld in Frage.

Anders sieht die Sache jedoch beim Gewahrsamsparagrafen aus. Die entsprechenden Artikel 40 und 41 des St. Galler Polizeigesetzes geben den Polizeiorganen das Recht, «eine Person vorübergehend in Gewahrsam zu nehmen, wenn diese sich oder andere ernsthaft gefährdet». Bei «Selbstgefährdung» kann der Gewahrsam gemäss der St. Galler Gesetzgebung maximal 24 Stunden dauern – bei Fremdgefährdung darf der Haftrichter den Gewahrsam «auf längstens acht Tage verlängern». Seit dem 1. Januar 2003 ist dieser Paragraph in St. Gallen in Kraft.

Man kann die neuen Rechte der Polizei im Bereich der häuslichen Gewalt kritisieren. Man kann sich fragen, ob es klug ist, einzelnen PolizeibeamtInnen das Recht zu geben, jemanden aus seiner Wohnung zu entfernen. Und man kann den Standpunkt vertreten, dass nur ein Richter das Recht erhalten soll, einen derart tiefgreifenden Eingriff anzuordnen. Angesichts der verbreiteten Alltagsgewalt von Männern gegen Frauen ist es jedoch nicht erstaunlich, dass solche Kritik ausgeblieben ist.

Keine Kritik

Erstaunen muss hingegen, dass kein öffentliches Raunen durch die Schweiz gegangen ist, als der Kanton St. Gallen seinen Polizisten das Recht gab, Menschen in Gewahrsam zu nehmen. Schlagende Männer durften PolizistInnen schon immer auf den Posten mitnehmen. Nicht erlaubt war es bisher, Menschen in Gewahrsam zu nehmen, wenn sie sich selber oder Dritte gefährden. In diesen Fällen kam bisher – wenn keine Untersuchungshaft angeordnet werden konnte – der Arzt zum Zuge. Dieser musste befinden, ob die Bedingungen für die Anordnung eines «Fürsorgerischen Freiheitsentzugs» (FFE) erfüllt sind: Bedingungen, die aufgrund der bekannten Erfahrungen mit der Psychiatrie in der Regel sehr eng gefasst werden.

Der Gewahrsam ändert die Lage. Er kann zum Allerweltsinstrument werden, um die Städte von Junkies und Alkoholabhängigen zu säubern. Und er kann angewendet werden, um die Präventivhaft im Bereich politischer Taten rechtswirksam zu machen. Warum sollen AktivistInnen nicht vor dem nächsten Besuch des Herrn Bush in Gewahrsam genommen werden, wenn ein Aufruf zirkuliert, ihm den Zugang nach Davos zu verweigern? Solche Befürchtungen werden auch von den Promotorinnen der neuen Bestimmungen gegen die häusliche Gewalt nicht vom Tisch gewischt. Es sind nämlich die Polizeiorgane und die Strafverfolgungsbehörden, die in der Gewaltschutzdebatte darauf drängen, dass die «Gewahrsams»-Paragrafen nicht auf Taten beschränkt werden, die im häuslichen Umfeld begangen werden.

Siegeszug vom Osten her

Von St. Gallen aus hat die neue Polizeigesetzgebung ihren Siegeszug durch die Schweiz angetreten. In Bern könnte der Dammbrech noch mit einem Referendum bekämpft werden – was jedoch kaum der Fall sein dürfte. Im Kanton Zürich, der noch kein Polizeigesetz kennt, ist der Gewahrsamsparagraf in den Entwurf eines eigenständigen «Gewaltschutz-Gesetzes» hineingerutscht. Die Formulierung sieht vor, dass der Haftrichter den «Gewahrsam» auch bei Selbstgefährdung auf bis zu fünf Tage verlängern kann. Damit wäre es denkbar, dass Junkies wieder mehr als 24 Stunden im «Rückführungszentrum» in der Kaserne eingesperrt werden dürfen, wie das bereits einmal der Fall war.

«Die Regelung des Gewahrsams bildet die Ausnahme von der Beschränkung des Geltungsbereichs auf die häusliche Gewalt», schreibt SP-Regierungsrat Notter in den Vernehmlassungsunterlagen zum Zürcher Gewaltschutzgesetz. Die Regelung entspreche derjenigen, die andere Kantone in ihre Polizeigesetze aufgenommen hätten.

Worte des Widerstands

wa. Die neugegründete «Antiimperialistische Gruppe Basel» hatte Awni al Kalemji zu Besuch. Wir dokumentieren Auszüge aus Texten des Vertreters der «Irakischen Patriotischen Allianz».

Es gibt sie auch in der Schweiz, die klammheimliche Sympathie für jene Kräfte im Irak, die mit Waffen und Terror gegen die Besatzungsmacht und ihre vermeintlichen Helfer und Helfershelfer kämpfen. In Basel und in Luzern (siehe Text «hausi sagt» auf Seite 8) ist ein Exiliraker aufgetreten, der offen für die politische Unterstützung des «Widerstands» wirbt. In einem Interview, das Werner Pirker im August für die Junge Welt mit Awni al Kalemji führte, ist das Folgende zu lesen:

«Die Baath-Partei hatte sich schon lange auf einen Guerillakrieg vorbereitet und die materiellen Voraussetzungen dafür geschaffen. Ihr standen das Geld und die Waffen zur Verfügung. (Doch) es war das Volk, das sich (jetzt) zum Kampf entschlossen hat.» – «Als Muqtada Al Sadr seine Milizen in Marsch setzte und diese in den schiitischen Städten ihre Macht entfalteten, gingen viele Sunniten nach Nadschaf, Kerbela, Nassirija und an andere Orte, um an der Seite der Schiiten zu kämpfen. Es gibt eine spontane Verbrüderung im Kampf. (...) So, wie er jetzt handelt, verdient Muqtada Al Sadr unseren Respekt. Wir hoffen, dass er auch weiterhin die Besatzung konsequent bekämpft.» Auf die Frage, ob der Versuch der Irakischen Patriotischen Allianz, eine nationale Front aufzubauen, heute erfolgreicher verlaufe als in den 1990er Jahren, antwortet al Kalemji: «Damals konnten wir keinen gemeinsamen Nenner finden. Zu unterschiedlich waren die ökonomischen, politischen und ideologischen Vorstellungen über einen befreiten Irak. Doch über unser nunmehriges Hauptziel bedarf es keiner grossen Diskussionen. Das besteht im Sieg über die Besatzungsmacht und dem Wiederaufbau eines unabhängigen Irak.»

Rolle der AusländerInnen

In einer persönlichen Erklärung zur Entführung der beiden italienischen Frauen Simona Torretta und Simona Pari hält Awni al Kalemji fest: «Meines Wissens steht der irakische Widerstand gegen jede Aktion, die der Befreiung des Iraks von der Besatzung nicht dient. Wir haben gesehen und gehört, dass der Widerstand mehrere Geiseln verschiedener Nationalitäten freigelassen hat, nachdem ihre Unschuld festgestellt werden konnte. (...) Ich glaube, dass niemand ausser dem Widerstand die Wahrheit weiss über die Ausländer, die im Irak sind.» – «Was die zwei italienischen Mädchen anbelangt, so weiss ich aus bestimmten Informationsquellen, denen ich zu hundert Prozent vertraue (...), dass sie nichts mit der Besatzung zu tun haben. Daher bin ich der Meinung, dass sie so bald wie möglich freigelassen werden sollen.»

In einer Stellungnahme für das Campo Antiimperialista heisst es weiter: «Die NGOs im Irak werden allesamt von westlichen Ländern finanziert und unterstützt. Ihre Arbeit steht unter der Kontrolle der jeweiligen Aussenämter. Sie sind häufig durch die engmaschige geheimdienstliche Überwachung infiltriert und ihre humanitäre Aktivität ist in letzter Instanz unerlässlich für die Normalisierungspläne der Besatzer. Die Entführung von Simona Torretta und Simona Pari jedoch, die beide bekannt waren für ihre Freundschaft mit dem Widerstand leistenden irakischen Volk, ist ein krimineller Akt.»

INSERAT

Keine Zukunft ohne Vergangenheit

Die Partei der Arbeit der Schweiz lädt euch zum Geburtstagsfest nach Bern ein. Nebst Diskussionen und runden Tischen werdet ihr Stände, Bücher, Videos und eine Bar finden. Ihr werdet AktivistInnen unserer Partei begegnen, Bekanntschaften machen, ihr werdet verstehen, weshalb wir immer noch existieren und was uns weiterhin antreibt. Zusammen mit euch werden wir die Vergangenheit besser verstehen, um die Zukunft unserer Kinder besser vorbereiten zu können.

SAMSTAG, 16. OKTOBER: 15 Uhr Vernissage der Ausstellung von politischen Plakaten der kommunistischen Bewegung in der Schweiz mit Sonja Crivelli und Richard Frick. 16.30 Uhr Runder Tisch: Zwischen rechtlicher Verpflichtung und sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung; mit GenossInnen von den elf Mitgliedern einer kommunalen Exekutive. Einleitung: Alain Bringolf, Präsident der PdAS. 19 Uhr Fest mit der wiederbelebten Sektion Bern. Zusammensein, Musik, Essen etc.

SONNTAG, 17. OKTOBER: 11 Uhr Empfang der Gründungs-genossInnen und AktivistInnen der Partei. Präsentation der Broschüre «Keine Zukunft ohne Vergangenheit» durch Anjuska Weil, Mitglied des Präsidiums der PdAS. Apéritif offeriert von der PdAS. Anschliessend: Gemeinsames Mittagessen mit den Gründungs-genossInnen unserer Partei. 14.30 Uhr Vorträge – Diskussion. Mit einer Einleitung von André Rauber, Autor der Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz.



16./17. OKTOBER, SCHAUSPIELSCHULE, SANDRAINSTRASSE 3, BERN.

Klartext gegen Rassismus

sub. Wie können Jugendliche zu einer selbstständigen vertieften Auseinandersetzung mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit angeregt werden?

trouville

«In einem Land, wo sich keine etablierten Parteien um die Ausländerproblematik kümmern, können gefährliche Splittergruppen entstehen. Dass das bei uns mit unserem hohen Ausländeranteil bis jetzt nicht passierte, ist mit ein Verdienst der SVP.»

SVP-PRÄSIDENT UELI MAURER IN EINEM INTERVIEW MIT DEM BLICK, 28.9.04

Am 28. September stattete die Botschafterin der Vereinigten Staaten dem Regierungsrat des Kantons Thurgau einen Höflichkeitsbesuch ab. (...) In seiner Begrüssungsansprache stellte Regierungspräsident Claudius Graf-Schelling fest, dass die Verfassungen der Vereinigten Staaten und des Kantons Thurgau in wichtigen Bereichen wie Moral, Gesellschaft und Politik Gemeinsamkeiten hätten.

INFORMATIONSDIENST DES KANTONS THURGAU

Am 20. September tauschten sich JugendarbeiterInnen und Fachleute auf einer Tagung darüber aus, wie Antirassismusprojekte mit Jugendlichen erfolgreich gestaltet werden können. Nachgefragt beim Leiter der Tagung, Christian Wirz, Leiter des nationalen Jugendkulturprojekts «Klartext – Jugendkultur gegen Rassismus» des Vereins INFOCLICKPUNKT.CH.

Ist Antirassismus bei Jugendlichen populär?

Die Alltagswelt der Kinder- und Jugendlichen ist viel multikultureller als die Erwachsenenwelt, die junge Generation hat da grundsätzlich auch einen besseren Umgang und mehr Erfahrung als die Erwachsenen. Ich erlebe überall, wo ich arbeite, dass sehr viele Jugendliche sich mit sehr viel Engagement für diese Thematik einsetzen.

Wie können Jugendliche bei der erfolgreichen Durchführung eines Projekts unterstützt werden?

Das Thema ist heikel und bedingt eine sorgfältige Auseinandersetzung. Damit bei den Jugendlichen etwas bewirkt werden kann, muss ein persönlicher und lokaler Bezug zum Thema hergestellt werden, die konkreten Probleme vor Ort angesprochen werden. Damit das Projekt etwas bewirkt, muss es in der Gemeinde möglichst breit vernetzt und abgestützt sein und gute Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden, damit das Projekt überhaupt breit wahrgenommen wird.

Was sind Ursachen für Rassismus?

Wird man mit Fremdem konfrontiert, wirft das einem zurück auf die eigene Identität, Kultur und Werthaltungen. Findet man in sich zuwenig gesellschaftlichen Halt, kulturelle Werte und Selbstvertrauen, sondern Frustration und Unsicherheit, ist der Fremde, der einem dieses Gefühl bewusst macht, schnell auch der schuldige Sündenbock.

Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit werden oft als Auslöser rassistischer Positionen und Handlungen betrachtet. Was halten Sie davon?

Es ist wichtig, bei sich persönlich anzusetzen. Zu erkennen, dass Sündenbocktheorien immer zu einfach

und unwahr sind, dass wir es uns nicht so einfach machen können. Natürlich könnte die Jugendarbeitslosigkeit ein Ansatzpunkt für ein Projekt sein. Man würde so feststellen, dass AusländerInnen oder SchweizerInnen mit fremdländischem Aussehen oder fremd klingenden Namen besonders Probleme haben, eine Lehrstelle zu finden. Es könnte so aufgezeigt werden, dass sie nicht die VerursacherInnen dieses Problems sind, sondern zu den Opfern einer Wirtschaft gehören, für die Maximalrendite wichtiger ist als gesellschaftliche Verantwortung.

Antirassismusprojekte müssen also die hinter Gewalt und Rassismus liegenden gesellschaftlichen Strukturen und Diskurse einbeziehen?

Die Gesellschaft nutzt auch die Jugend im Moment als Sündenbock und diskriminiert sie in diesem Sinn pauschal. Themen wie Drogen, Gewalt, Kriminalität, Vandalismus oder auch Rassismus werden als eskalierende Jugendthemen dargestellt, obwohl sich die Jugend in allen Bereichen absolut wie der gesellschaftliche Durchschnitt verhält. Jugendliche haben also Antirassismusprojekte nicht nötiger als alle andern Bevölkerungsschichten. Wenn man mit Jugendlichen in einer Gemeinde ein Antirassismusprojekt durchführt, ist es fürs Gelingen sehr wichtig, dass sich die Erwachsenenwelt, also Behörden, Politik, Vereine und so weiter möglichst offensichtlich solidarisiert. Sonst ist die Wirkung gering.

Der Bund fördert Antirassismusarbeit, zugleich wird eine alles andere als offene Einwanderungspolitik geführt. Wie geht antirassistische Jugendarbeit mit diesem Dilemma um?

Die Politik der SVP ist Wind für die Segel rechtsextremistischer Kreise, das Schweigen der Mehrheit unterstützt die Politik der Angst. Antirassistische Jugendprojekte können auch bedeuten, den Spiess einmal umzukehren und die Jugendlichen zu Vorbildern für die Erwachsenen zu machen. Mindestens auf Gemeindeebene gelingt uns dies immer wieder, dass dann auch Erwachsene beginnen, Position zu beziehen.

WWW.KLARTEXT-ONLINE.CH

Im falschen Film

mh. Der Iraker Awni Al Kalemji sprach in Luzern. Eingeladen hatte die reaktionäre Chance 21.



Man kann es nicht genug laut und genug oft beklagen. Der Irak-Krieg ist für die Linke ein Trauma. Erst folgte der tiefe Fall auf die grandiosen Massenmobilisierungen, die lähmende Depression und schliesslich das Ende der globalisierungskritischen «Bewegung der Bewegungen». Und seither kommt es nur noch schlimmer. Der Krieg geht weiter, die Hightechbarbaren aus dem Land der Freiheit ballern unvermindert aus allen Rohren, während Säbelbarbaren aus fundamentalistischen Koranschulen alles köpfen, was in ihre Finger gerät und weiss und westlich ist. In diesem Clash der Barbarismen sitzt die Linke auf verlorenem Posten; ihr analytischer Ansatz passt nicht ins Koordinatensystem gegenwärtiger Konfliktlinien, er bleibt ohne jeden Praxisbezug. Sie vermag die Rolle nicht zu spielen, die ihr zustehen würde, und dies zeitigt wiederum höchst unappetitliche Folgen. Was grassiert ist das Gefühl, im falschen Film zu sitzen, sobald das Thema dieses Kriegs und des Widerstands angeschnitten wird: Kennen Sie es auch? - Ja, ich habe Fahrenheit 9/11 gesehen, werden Sie jetzt vielleicht denken, ich habe mich auch geärgert über die plumphen Verschwörungstheorien und die ins rassistische Fahrwasser abgleitende Stereotypisierung des Saudischen und Arabi-

schen. - Allerdings! Doch hiesse das Problem einzig Michael Moore, es wäre keines.

Dass das Problem ein wirklich zu beklagendes ist, zeigt sich deutlicher auf Nebenschauplätzen. Gelegenheiten zur Bestandesaufnahme gibt es viele: In Luzern bot sich letzte Woche eine der besonderen Art. Es sprach Awni Al Kalemji, seines Zeichens Sprecher der Irakischen Patriotischen Front, eines Bündnisses oppositioneller Organisationen, und er tat dies auf Einladung der Chance 21. Gut, was der Mann da sprach, war an sich höchstens langweilig, auch wenn die Ausgangslage viel Spannung versprach. Kalemjis Organisation gehört zu jenem Flügel des bewaffneten irakischen Widerstands, der weder islamistisch inspiriert ist noch aus alten Baath-Seilschaften besteht. Am nächsten kommt wohl die Zuschreibung bürgerlich-nationalistisch. Langweilig waren seine Ausführungen jedoch, weil eine differenzierte Positionierung seiner Person in den Ausführungen just keine Rolle spielte. Denn so sprach Kalemji: Der Widerstand, das ist der Kampf des irakischen Volks, und steht Allah auf seiner Seite, wird seine Kampfkraft noch lange anhalten, denn die Schlacht auf irakischem Boden ist eine lange Schlacht, die Besatzer werden sich so schnell nicht vertreiben lassen, derweil es den Widerstandsgruppen weder an Geld noch an Waf-

fen mangelt, mit entsprechenden Mitteln ist für die nächsten zehn Jahre gesorgt, und auch die Erfolge sind grösser als man meinen könnte, sind doch die Opferzahlen auf Seiten der Amis schon heute zehnmal höher als die Propaganda des Pentagons uns glauben machen will, und schliesslich sollten wir hier in der Schweiz nicht vergessen, dass der amerikanische Vernichtungswille viele weitere Völker bedroht, selbst die europäischen, und der Kampf des irakischen Volks daher ein Kampf für eine gerechtere Welt ist. So also sprach Kalemji. Und der geneigte Zuhörer dachte: Aha, so ist das also, die blutrünstigen Scharfrichter mit dem Koran in der Hand kämpfen letztlich für eine gute Sache. Und tatsächlich (das war das einzig Spannende an dem Anlass), die ZuhörerInnen dachten in der ganz grossen Mehrheit wirklich so! Was auf den ersten Blick umso erstaunlicher war, da das doch recht zahlreiche Publikum ein ziemlich biederes war, was wiederum wenig erstaunte, war es ja die Chance 21, die zur Veranstaltung in der SVP-Beiz lud. Dass sich da einer aus dem Publikum meldete, der den Bogen von der «jüdisch-katholischen Kirche» zur zionistischen Weltverschwörung schlug, ohne dass er im Saal auf Widerspruch stiess, rundete den Abend passend ab. Und plötzlich ist der Film ganz, ganz falsch.

AL KALEMJI IM ORIGINAL: SEITE 4

8. August

...mit den Bürgerlichen. Von der SP-Spitze kommt zur Zeit nicht einmal mehr das, was man befürchtet hat: Wer nur halbwegs einen politischen Kurs verfehlt, von Susanne Leutenegger Oberholzer bis Franco Cavalli, ist über den Schmusekurs des SPS-Präsidenten mit seinen bürgerlichen Amtskollegen frustriert: «Fehr konferiert ständig mit den Bürgerlichen, anstatt Opposition zu machen und mit Referenden zu drohen», erklärt Cavalli.

Selbstjustiz. Ein Genfer Polizist hat sich gewalttätig «gerächt», nach dem er bei einer Auseinandersetzung einen Faustschlag erhalten hatte. Welcher Art die Rache war, hält die Polizei geheim, offenbar war sie schwerwiegend, denn gegen den Polizisten läuft nicht nur ein Verfahren wegen Amtsmissbrauch, sondern auch wegen Körperverletzung.

9. August

Konzentration geht weiter. Die Elektrizitätsgesellschaft Aurax in Poschiavo ist von Rätia Energie aufgekauft worden. Die Rätia Energie ist 2000 aus dem Zusammenschluss dreier kleiner EWs hervorgegangen.

Einheitsbrei droht. Die ohnehin schon dominierende Buchhandlung Rössli in St. Gallen soll verkauft werden. Als erstes hat der Zürcher Buchkonzern Orell Füssli geboten, der zum deutschen Buchhandelskonzern Hugendubel gehört. Wie alle Grossbuchhandlungen richtet Orell Füssli seine Läden nach Bestsellern aus. Was selten verlangt wird, wird aus dem Angebot gestrichen.

Ausverkauf geht weiter. Das Modehaus Spengler hat den Versandhandel an das deutsche Versandwarenhaus Quelle verkauft. Die Firma soll als Filiale unter dem bisherigen Namen weiter geführt werden. Wie viele Entlassungen es gibt, ist offen.

10. August

Orange muss zahlen. Die Gewerkschaft Kommunikation hat in 21 von 24 Klagen Recht bekommen. Der Telefonkonzern muss Schichtzulagen für Überstunden während der Ferienzeit nachzahlen.

11. August

Aufschwung für Alle. Mit dieser Parole verlangt der Schweizerische Gewerkschaftsbund für 2005 Lohnerhöhungen um bis zu drei Prozent. Begründet wird die Forderung mit der allgemein besseren Konjunktur und der ansteigenden Inflation mit Preissteigerungen um mehr als ein Prozent.

Schlappe für Lehrlingsausbeuter. Der Zürcher Informatiker, der mit Hilfe der Stadt Zürich eine Lehrlingsfirma für EDV einrichten wollte, muss wieder ganz gewöhnlich arbeiten. Seine Hoffnung, er könne pro Lehrling 50000 kassieren und dann mit deren Arbeit auch noch Geld verdienen, ist nicht aufgegangen. Damit es «rentiere», wollte er mindestens 14 Lehrlinge haben. Gemeldet haben sich aber nur elf.

12. August

Milde Richter für die SVP. Die wilde Plakataktion der Blocher-Partei auf öffentlichem Grund bei den Nationalratswahlen hat sich ausgezahlt. Die Aktion, die tagelang die Zürcher Zeitungen beschäftigte und der SVP grosse Aufmerksamkeit brachte, war illegal. Ein Gericht verurteilte die Partei deshalb zu einer Strafe von 500 Franken.

13. August

Noch mehr Geld für Fetz & Zanetti. Die ehemalige Poch-Nationalrätin, die jetzt zur SP gehört, hat nicht nur vom Solothurner Financier Peter Ammann Geld für den Wahlkampf kassiert. Auch der noch umstrittenere Basler Financier Dieter Behring hat sich mit 25000 Franken am Wahlkampf für den Basler Ständeratssitz der SP beteiligt.

Maulkorb für Offiziere. Instruktionsoffizieren ist ab sofort verboten, sich kritisch zu Armee-Themen zu äussern. Wer sich nicht an die Regelung halte, müsse mit «beruflichen Nachteilen» rechnen. Damit eskaliert die Bevormundung der Offiziere durch das VBS. Erst ging es um ein Interview, das Armeechef Keckes dem «Magazin» gegeben hatte und das der Bundesrat mit allen Mitteln verhindern wollte, jetzt geht es um einen Beitrag in der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung», wo ein Artikel zur Reform der Armee XXI erscheinen sollte.

Vormund Blocher. Der SVP-Bundesrat hat die Härtefall-Regel abgeschafft. Die Kantone dürfen sich nicht mehr für abgewiesene Flüchtlinge einsetzen. Diese Regelung sollte eigentlich ins neue Gesetz integriert werden, was Blocher jetzt verhindert hat.

SVP-Hetze auf SBB-Boden. Bisher durfte in Bahnhöfen keine politische Werbung gemacht werden. Dass die SBB diese Regelung jetzt gelockert hat, hat die Blocher-Partei als erste entdeckt. Für die Abstimmung über die Einbürgerungsartikel führte sie eine Bahnhofskampagne durch, die mit Lügen operiert.

Hartnäckig, bescheiden und lustvoll

Anne Polikeit. «Keine Zukunft ohne Vergangenheit»: Unter diesem Motto begingen am Wochenende in Bern über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Teilen der Schweiz den 60. Geburtstag der PdA Schweiz. Hartnäckig, bescheiden und lustvoll ist die Auseinandersetzung der KommunistInnen mit ihrer Vergangenheit.

Den Rahmen der verschiedenen Veranstaltungen bildete eine Ausstellung von politischen Plakaten aus der Geschichte der kommunistischen Bewegung der Schweiz, die aus der Sammlung von Richard Frick stammten. An der dazugehörigen Vernissage ordnete der wohl bedeutendste Schweizer Plakatsammler und Publizist Bruno Margadant einzelne Plakate in ihren historischen Zusammenhang ein. Neben den politischen und stilistischen Wurzeln verwies er dabei auch auf die Repressionen, denen die Gestalter aufgrund ihres politischen Engagements allzu oft ausgesetzt waren. Bruno Margadant wies zum Abschluss auch auf die wichtige Rolle hin, die Plakate noch heutzutage in der politischen Propaganda spielen, zum beispielsweise bei Abstimmungskampagnen.

«Demokratie, das heisst Volksherrschaft, aber davon sind wir noch weit entfernt. Was wir haben, ist mehr für den Sonntag, aber wir brauchen eine Demokratie für den Werktag.» Dieses Zitat aus dem am Abend gezeigten Film «Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg» von Richard Dindo hätte ebenso gut als Motto zum nachmittäglichen Rundtischgespräch gepasst. Die (erste) Stadtpräsidentin von La Chaux de Fonds, Claudine Stähli-Wolf, Hélène Grand aus Yverdon-les-Bains und Marianne Huguenin aus Rennes gaben einen Einblick in den politischen Alltag von Mitgliedern der Partei der Arbeit mit Regierungsmandat. Der Spagat zwischen der Einsicht in die Notwendigkeit der Veränderung dieses Systems und den realen Einflussmöglichkeiten als Regierungsmitglied in einer Institution dieses Systems ist dabei nicht leicht auszuhalten. Ein konstruktiver Umgang damit beinhaltet nach Meinung der drei Genossinnen kleine konkrete Projekte, um das

Leben der Bevölkerung zu verbessern, jede Menge Diskussionen und Erklärungen über Sachzwänge, eine möglichst grosse Nähe zur Bevölkerung, sowie eine starke Unterstützung durch die und Verbindung mit der Partei, die weiterhin innerhalb und ausserhalb des Parlaments aktiv sein muss.

Den Abschluss des ersten Tages bildete neben dem Film ein Kurzauftritt des Kulturarbeiters Michael

Röhrenbach, der bereits auf der Party der Arbeit, der Wiedergründungsfeier der Berner Sektion, im Februar diesen Jahres die BesucherInnen begeistert hatte. Neben der Untersuchung des Ursprungs der Begriffe Partei und Arbeit, war ihm vor allem die Stiftung von Solidarität und Zusammengehörigkeitsgefühl ein grosses Anliegen. Bis in die späten Abendstunden sorgten dann die DJ's El Tigre und El Mensajero für einen musikalischen Abschluss des ersten Tags.

Generationenübergreifend

Der Sonntag stand ganz im Zeichen der Begegnung mit Genossinnen und Genossen der ersten Stunde. Nach einer kurzen Einführung zur Geschichte der PdA durch den Historiker André Rauber, kamen einige der über dreissig anwesenden Genossinnen und Genossen zu Wort, die seit dem Gründungsjahr 1944 Mitglied der PdA sind. Sie waren angereist, um sich mit den jüngeren Generationen auszutauschen, um ihre Sicht der Vergangenheit darzulegen, aber auch um ihre Ideen für die Zukunft mitzuteilen.

Dem Versuch, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit hartnäckig, kritisch, aber auch bescheiden und lustvoll anzugehen, ist die organisierende Sektion Bern gemeinsam mit der PdA Schweiz an diesem Wochenende mit dem Fest sicher ein Stück näher gekommen.

Die verschiedenen Veranstaltungen und die solidarische Stimmung dieses Wochenendes waren für alle Anwesenden sehr erfreulich und haben neue Kraft gegeben, für den derzeit stattfindenden Wahlkampf zum Berner Stadtrat, genauso wie für unseren Kampf für eine andere Welt.



Betrifft: Irakischer Widerstand

Anton Holberg/wa. Wir haben in den letzten Monaten im Vorwärts ohne Systematik Beiträge zur Situation im Irak publiziert, in denen die unterschiedlichsten Strömungen zu Wort gekommen sind. Zu den Veranstaltungen mit dem Vertreter der Irakischen Patriotischen Allianz Awni al Kalemji in Luzern und Basel haben wir am 1. Oktober eine Kolumne von Matthias Hauser und Auszüge aus Texten des Referenten publiziert. Anton Holberg schreibt seit vielen Jahren für den Vorwärts. Seine Stellungnahme zu den erwähnten Texten drucken wir ungekürzt ab.

Abgesehen von einem Leserbrief, der die Position des irakischen «Kommunisten» Abu Tara zum Thema zutreffend, wenngleich etwas einseitig kritisiert, haben im VORWÄRTS vom 1. Oktober die Redakteure Walter Angst und Matthias Hauser zur Frage des (bewaffneten) irakischen Widerstands irgendwie Stellung genommen, «irgendwie», denn ihr zynisch-feuilletonistischer Ton war natürlich nicht dazu geeignet, einer systematischen Diskussion der anstehenden Grundfragen auf die Beine zu helfen.

Matthias Hauser («Im falschen Film») fasst das zentrale Problem, wie es seiner Meinung nach ist, so zusammen: «die Hightechbarbaren aus dem Land der Freiheit ballern unvermindert aus allen Rohren, während Säbelbarbaren aus fundamentalistischen Koranschulen alles köpfen, was in ihre Finger gerät und weiss und westlich ist. In diesem Clash der Barba-

rismen sitzt die Linke auf verlorenem Posten; ihr analytischer Ansatz passt nicht ins Koordinatensystem gegenwärtiger Konfliktlinien, es bleibt ohne jeden Praxisbezug.»

Zunächst einmal stimmt es nicht, dass die 'Säbelbarbaren' ihr Mütchen nur an weissen Westlern kühlen. Im Gegenteil sind die meisten Opfer von Entführungen und auch von Hinrichtungen Türken, Araber, und Menschen aus Süd- und Ostasien. Sodann ist es falsch, den bewaffneten Widerstand auf seine islamistische Komponente, insbesondere auf die jener dubiosen Gruppen zu reduzieren, die im Entführungs- und Köpfungsgeschäft tätig sind. Mit grosser Wahrscheinlichkeit muss man allerdings davon ausgehen, dass linke Kräfte oder auch nur demokratische, von revolutionär-proletarischen ganz zu schweigen, im bewaffneten Widerstand kaum eine Rolle spielen. Deshalb sind die beiden sich bekämpfenden Lager im Irak (die Besatzung mit ihren lokalen Hilfskräften bis hin zur «Kommunistischen» Partei auf der einen und der aus Baathisten, anderen Nationalisten und verschiedenen Gruppen von Islamisten auf der anderen Seite) Feinde der langfristigen, der strategischen Interessen der irakischen Massen, insbesondere der irakischen Arbeiterklasse, und damit der weltweiten Arbeiterklasse und des in ihr das potentielle revolutionäre Subjekt sehenden «Linken».

Die für die Taktik der Linken (soweit sie denn überhaupt die Kraft hat, irgendeine Taktik umzusetzen) ausschlaggebende Frage ist allerdings: sind beide Gegner gleichartig, oder ist die Niederlage des einen für die Zukunftsperspektiven der arbeitenden Bevölkerung im Irak und weltweit wichtiger als die des anderen? Die klassische und meines Erachtens richtige Position der kommunistischen Weltbewegung im Falle kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen imperialistischen Staaten und vom Imperialismus unterdrückten Nationen war stets die, sich auf Seite der un-

terdrückten Nationen zu stellen, und zwar unabhängig vom Charakter der dort Herrschenden. Aus diesem Grund unterstützte sie etwa das 'feudalistische' Abessinien gegen den Angriff des kapitalistischen (faschistischen) Italiens, oder die marokkanische Rif-Republik des islamischen Qadhi Abdelkrim el-Khattabi gegen den spanischen und französischen Kolonialismus in den 20er Jahren. Eine andere Haltung hätte es der marxistischen Linken niemals ermöglicht, Anhänger bei den Kolonialvölkern zu finden. Dass sie diese Beziehungen später verspielte, liegt an ihrer meist opportunistischen Haltung zu den einheimischen Unterdrückern, zum Beispiel den Bündnissen der Irakischen Kommunistischen Partei IKP mit fast allen seit 1958 aufeinanderfolgenden bürgerlichen Regimen im Irak, einschliesslich dessen von Saddam Hussein.

Auch heute stellen sich aber die Fragen: Kann die Rückständigkeit der irakische Gesellschaft einschliesslich des grassierenden Islamismus langfristig bekämpft werden, wenn der Irak Beute des Imperialismus bleibt, oder reproduziert dessen Herrschaft auch den von ihm äusserlich bekämpften Islamismus stets aufs Neue? Ist es für die Eröffnung eines Weges zu einer weltweiten Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung vorrangig, dass reaktionäre irakische Kräfte eine Niederlage erleiden, oder dass die aktuell stärkste imperialistische Macht der Welt eine solche erleidet? Kann eine Linke sich von ihren historischen Niederlagen erholen, wenn sie im Kampf zwischen dem Imperialismus und politisch irreführten Opfern des Imperialismus neutral bleibt oder gar auf Seiten des Imperialismus steht, wie «kritisch» auch immer?

Eine Linke, die diese Fragen nicht zu Ungunsten des Imperialismus – und das heisst in der Welt von heute strategisch des Kapitalismus – beantworten kann, kann der Welt nur noch ein Gutes tun: aus Schwäche weiterhin ohne Praxisbezug zu bleiben.

«IRAK-DOSSIER»: WWW.VORWAERTS.CH

INSERAT

soliküche im engel eingedessen 22
für den 2000 st. gelien

vorwärts
die sozialistische wochenzeitung.

sonntag, 14. november 2004

leckerer & gehaltvolles
für gaumen, geist & ohr

speis & trank: 11 bis 11uhr
lesung (buchhandlung comedia): 15 uhr
konzert (superstecher): 20 uhr

richtig gerecht den ranzen füllen!
in zusammenarbeit mit den genossenschaften schwarzer engel & comedia